

Antifaz

Antifaschistische Zeitung

53

MAI/JUNI '95
10. Jahrgang
DM 3,00



8. Mai 1945

**Offener Krieg in Kurdistan
Rechtsextremer Terror in Österreich**

EINGEGANGEN

29. MAI 1995

Erled.

Inhalt

- 3 **Editorial**
- Berichte**
- 11 Faschistische "Deutsche Liste" kandidiert in Herten
- 13 Aktion Fluchtburg in Recklinghausen
- 15 Rechte Terrorwelle über Österreich
- 18 Massaker im Iran
- 19 Offener Krieg in Kurdistan
- 26 Eine Veranstaltung in Herne
- 29 Repression in Münster
- 31 Zum "Lagebericht Türkei" des Auswärtigen Amtes
- Erfahrungen**
- 33 Gewalt gegen Behinderte
- Stellungnahme**
- 4 8. Mai 1945 - 8. Mai 1995. Ein Vergleich
- Dokument**
- 36 Brief eines kurdischen Mädchens
- Gelbe Seiten**
- A Faschismustheorien

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:
Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM
Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
 Oerweg 28
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/ 26345
 Redaktionsanschrift: Antifa-Zentrum
 Herner Str. 43
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzungen
 donnerstags 19-20 Uhr.

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
 BLZ: 430 500 01
 Kto.-Nr.: 334 01 027
 Stichwort: AntifaZ
 Sparkasse Bochum

Auflage: 1000
 Druck: LUPEN DRUCK Duisburg

EDITORIAL

In zwei europäische Ländern gedenkt man . . . seiner (landeseigenen) **Befreiung vom Faschismus**: Deutschland und Österreich. In **Deutschland**, wo die Antifaschisten eine Welt, in der es nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg geben sollte, aufbauen wollten, ist dies für uns ein Anlaß, das besiegte Nazideutschland von einst mit dem Deutschland zu vergleichen, das auf dessen Ruinen auferstanden ist. Hier steht die Heuchelei der "Konsensdemokraten" des - wie es der polnische Außenminister **Wladyslaw Bartoszewski** in einer Gedenkrede im Bundestag sagte - "zutiefst demokratischen" neuen Deutschland auf dem Prüfstand. Daß hier von einer **Befreiung vom Faschismus** heute immer weniger die Rede sein kann, wird an Hand der politischen Umtriebe der Deutschen Liste in Herten, die zum NRW-Landtag kandidieren darf, ebenso wie an der Asylauseinandersetzung deutlich aufgezeigt, wo die Regierenden sich den Forderungen der von ihnen angeblich bekämpften Faschisten unterwerfen.

Der Beitrag "**Gewalt gegen Behinderte**" (Teil 2) zeigt die Kontinuität der Bestreitung des Lebensrechts für Menschen auf, die es schwerer als andere haben, ihr Leben zu meistern. Antifaschistische Kräfte müssen den offenen Faschisten so entgegentreten, daß ihre Existenz nicht mehr von den Regierenden als Feigenblatt für den weiteren Abbau von Rechten des Volkes benutzt werden kann.

Immerhin galt das **Asylrecht**, als es **nach dem Zweiten Weltkrieg ins Grundgesetz aufgenommen** worden war, als Zeichen für eine ernste Abkehr vom Faschismus. Heute weist der Umgang damit zugleich auf die Verwicklung des deutschen Staates in einen Krieg, der inzwischen auch offiziell nicht mehr geleugnet wird:

den Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk.

Kurdistan und der Umgang mit Angehörigen des kurdischen Volkes in Deutschland bilden denn auch mal wieder einen **Schwerpunkt** der AntifaZ - sei es bei der Beleuchtung des **offenen Krieges in Kurdistan** und bei der Darstellung des Umgangs mit kurdischen Frauen seitens des türkischen Staates, sei es bei der Vorbereitung von Massenabschiebungen kurdischer Menschen einerseits und dem, was man hierzulande erleben kann, wenn man mit den Betroffenen Solidarität übt, andererseits. Anlaß zu erstem bietet uns eine Nachbetrachtung über die **Herner Podiumsdiskussion "Dürfen wir Kurden abschieben?"**, zweites wird an einem Bericht aus Münster deutlich.

Auch das seinerzeit befreite und lange vor Deutschland wiedervereinigte **Österreich** wartet heute mit Horrorgeschichten auf, die den Mordbrennereien von Mölln und Solingen durchaus ebenbürtig sind - nebst Verwicklungen der Staatsgewalt dabei. Das ist Thema unseres Berichts "**Rechtsextremer Terror in Österreich**".

Eine Art Leitfaden zu **theoretischen Auseinandersetzungen mit Faschismus** wird auf den "**gelben Seiten**" geboten: Hier werden in einem kurzen Überblick einige klassische Faschismus-Theorien vorgestellt, die uns das eigene Erfassen der Wirklichkeit erleichtern können. Da der Faschismus nach wie vor virulent ist, kann es natürlich keine endgültige Antwort darauf geben, was er seinem Wesen nach ist, in welchen Formen er erscheint und welche Rolle er spielt bzw. noch spielen wird. Man muß z.B. zwischen Faschismus der Bewegung und Faschismus an der Macht differenzieren usw.

Was sonst noch in der Nr. 53 steht, mögen unsere Leserinnen und Leser selbst herausfinden.

Für die AntifaZ-Redaktion

KD

8. MAI 1945 - 8. MAI 1995 EIN VERGLEICH

"Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder Befreiung bezeichnen." (Heinrich Böll, "Briefe an meine Söhne")

In der Auseinandersetzung um die Bewertung des 8. Mai hat Kanzler Kohl vor einem "Erinnerungsverbot" gewarnt: *"Niemand hat das Recht, festzulegen, was die Menschen in ihrer Erinnerung zu denken haben."*

Nehmen wir ihn beim Wort!

Als man am 8. Mai vor 50 Jahren in Europa den Zweiten Weltkrieg überwunden und die faschistischen Großreiche zerschlagen hatte, hofften viele Menschen darauf, am Aufbau einer Welt mitwirken zu können, in der es NIE WIEDER FASCHISMUS, NIE WIEDER KRIEG geben sollte, wie eine antifaschistische Losung damals lautete. Heute kriegen sich die Offiziellen um Kohl und Scharping und die Abweichler um Zitelmann, Dregger und von Stahl in die Haare, ob man den 8. Mai als Tag der Befreiung feiern oder an neues Unrecht erinnern soll, das durch die Siegermächte begangen wurde, was zwar stimmt, aber zu dem, was mit der am 8. Mai 1945 beseitigten Nazi-herrschaft verbunden war, in keinem Verhältnis steht.

Der Zweiten Weltkrieg und die Lage danach

Das ungeheure Elend, das dieser von Nazideutschland verursachte Krieg und die faschistischen Regimes hinterlassen hatten, war für alle, die diesem Inferno entronnen waren, unübersehbar. All das zu beschreiben, hat zig Bücher gefüllt und kann hier auch nicht annähernd versucht werden.

Die 6 Jahre Krieg hatten mindestens 55 Millionen Menschen das Leben gekostet. Unter dem Schutzmantel des Krieges wurden in fast allen von den Naziarmeen eroberten Gebieten (und das war fast der gesamte europäische Kontinent außer Spanien, Portugal, Großbritannien, Irland, Schweden, Finnland, Schweiz) Juden und Zigeuner deportiert und in auf polnischem Boden errichteten Vernichtungslagern umgebracht. Besonders die "slawischen Ostvölker",

deren Gebiet als "deutscher Lebensraum" beansprucht wurde, wurden massenhafter Vernichtung und Versklavung unterworfen. Deutscher Bombenterror traf zunächst Städte der überfallenen Staaten wie Warschau, Rotterdam, Coventry und andere, ehe der Luftkrieg sich zugunsten der Alliierten entwickelte. Einige Ortschaften auch Mitteleuropas (Lidice, Oradour) wurden auch nach ihrer Eroberung gezielt vernichtet. Ohne Zweifel: Für die vom deutschen Reich besetzten Länder und ihre Völker ist der 8. Mai ein Tag der Befreiung.

Den 8. Mai als bloß nationalen Gedenktag zu betrachten, wäre daher völlig unangemessen, denn weder der Faschismus noch der Krieg sind Angelegenheiten nur des deutschen Volkes, sondern betreffen die gesamte Menschheit und können überall dort auftreten, wo die Bedingungen dies möglich

machen. Und zwar ist der von dem deutschen Regime verübte Völkermord bisher in seinem Ausmaß und seiner industriellen Systematik unübertroffen, das aber heißt nicht, daß er nicht wiederholbar wäre. Es ist somit ein internationaler Gedenktag, zu dem das deutsche Volk allerdings einen besonderen Zugang hat, da von seinem Boden das Regime und der Krieg ausgingen, deren Ursachen, Beendigung und Folgen anlässlich dieses Tages ins Bewußtsein zu rücken sind, und zwar mit Blick darauf, wie man künftig derartige Geschehnisse verhindern kann.

Der Zweite Weltkrieg tobte aber über die gesamte Welt und raste insbesondere auch über die von Japan eroberten und von den USA und den Truppen des britischen Commonwealth Stück für Stück zurückeroberten Gebiete Südostasiens und der polynesischen Inselwelt hinweg, ehe er

(im August 1945) mit den Abwürfen der amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki in der bedingungslosen Kapitulation des japanischen Kaiserreichs endete. Damit deutete sich eine neue, bis dahin ungekannte Dimension des Krieges an, die hier genauer zu betrachten den Rahmen sprengen würde.

Die Wende für das deutsche Reich kam mit der gegen die Rote Armee verlorenen Schlacht um Stalingrad 1943. Ab da ging die Initiative mehr und mehr an die Gegner des Nazireiches über. Und nach der Landung der Westalliierten in der Normandie begann zwischen ihnen und der Sowjetunion gleichsam ein

Wettlauf um die Eroberung Deutschlands. Den Endkampf um Berlin focht die Rote Armee nicht mehr so sehr gegen deutsche Truppen aus als vielmehr gegen Divisionen der SS und Waffen-SS von Faschisten aus allen Ländern Europas, die zu Recht befürchten mußten, in ihre Heimat ausgeliefert und dort aufgehängt zu werden. Sie gehörten - ebenso wie ihre Gegner - allen möglichen "Rassen" an, und viele sprachen kaum ein Wort Deutsch; in der militärischen Praxis war damit die Rassenideologie der Nazis ad absurdum geführt worden, denn ihnen allen (einschließlich der schwarzen Soldaten der Rommelarmee) war für den Fall eines

Sieges die deutsche Reichsbürgerschaft versprochen worden.

Schon lange, bevor sich Nazi-deutschland endgültig geschlagen geben mußte, gewannen im Luftkrieg Großbritannien (und nach "dem längsten Tag" und der Landung in der Normandie die USA) die Oberhand, und das Nazireich sah sich außerstande, die deutsche Zivilbevölkerung davor zu bewahren, und opferte sie im - wie Goebbels es nannte - "Gottesdienst" ihres "totalen Krieges". Hitler selbst meinte, das deutsche Volk in den Untergang seines Regimes hineinziehen zu dürfen, da es "versagt" habe.



Stadt Dortmund nach dem Bombenkrieg

Die Verschwörer der "Operation Walküre" (20. Juli 1944) wollten durch Opferung Hitlers das deutsche Volk durch einen Frieden mit den Westmächten retten. Hätte sie Erfolg gehabt, so hätte ihr Regime wahrscheinlich nicht wesentlich anders ausgesehen als das Hitlers, aber der "Endlösung der Judenfrage" wohl Einhalt geboten. Es wäre ein Regime deutscher "Herrenmenschen" geblieben.

Hier in Deutschland gab es 1945 fast keine Stadt, die nicht erheblich von Bombenschäden heimgesucht worden wäre, etliche Städte waren zu 90 % und mehr zerstört; denn auch wenn der Krieg offiziell Hitler und seinem Gefolge erklärt wurde, hatte ihn das deutsche Volk auszubaden. Noch heute stößt man bei Bauarbeiten immer wieder mal auf eine damals nicht explodierte Bombe, deren Entschärfung immer noch größte Vorsicht erfordert. Jahrzehntlang waren Einbeinige, Einarmige, Kriegsblinde und andere Schwerbeschädigte lebende Mahnmale für uns, was Krieg bedeutet; heute sind sie zumeist weggestorben.

Einen "chirurgisch sauberen Krieg" gab es damals nicht und gibt es auch heute nicht.

Der Krieg gegen Nazideutschland war aber trotz dieser Tatsache ein gerechter Krieg.

Der Wunsch, daß so etwas nie wieder passieren dürfe, war nach dem 8. Mai 1945 auch in Deutschland allgegenwärtig. Die Nazis hatten bei der deutschen Bevölkerung, die sie ins Elend gestürzt hatten, jedenfalls damals zunächst gründlich "ausgeschissen". Man hatte von ihnen "die Schnauze voll". Viele von ihren Führern ließen sich unter anderem von Vertretern des Vatikan mit falschen Pässen

versorgen, um aus dem von den Alliierten besetzten Deutschland zu entkommen und in Südamerika Fuß zu fassen. Einige, wie etwa der langjährige Diktator von Paraguay, Alfredo Ströbner, mit ziemlichem Erfolg.

Selbst Leute, die später wegen einer ganz anderen Politik in die Geschichte eingegangen sind, gaben damals extrem pazifistische Äußerungen von sich. So hat sich der 1. Bundeskanzler der BRD, Konrad Adenauer, verschiedentlich sinngemäß geäußert, er sei stolz darauf, nie Soldat gewesen zu sein. Und Franz Josef Strauß, der später so rührige Verteidigungsminister, drückte sich noch markiger aus: Jedem Deutschen, der noch einmal eine Waffe in die Hand nehme, solle die Hand verdorren.

Keine Frage: Damals hätten diese Gründungsväter der BRD keine Einwände gegen das Tucholsky-Zitat gehabt: *"Soldaten sind Mörder!"*

Ob sie damit jedoch Deserteure positiv beurteilt hätten, steht auf einem ganz anderen Blatt. Gerade während des "Unternehmens Barbarossa" (Überfall auf die Sowjetunion) hatte die Naziwehrmacht mit einem nicht unbeträchtlichen Teil deutscher Soldaten wegen Befehlsverweigerung und Desertion "kurzen Prozeß" gemacht. An Bäumen aufgehängte Kameraden waren ja ein Anblick, der keinem Landser im Osten erspart blieb. Rehabilitiert sind sie bis heute nicht.

Ins Grundgesetz geschrieben wurde jedenfalls noch 1949, daß niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden dürfe.

Am schwersten vom Krieg betroffen: die sowjetische Bevölkerung

Um jedoch die Verhältnisse von vornherein ins Lot zu rücken: Den größten Blutzoll hatte Deutschland damals nicht zu zahlen. Der lastete auf der 1941 von Nazideutschland überfallenen Sowjetunion. Neben über 20 Millionen umgekommenen Menschen (allein im von der Wehrmacht belagerten Leningrad sind mehr Zivilpersonen umgekommen als während des gesamten Bombenterrors in Deutschland, und von rund 5,7 Millionen sowjetischen Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft sind über 3,3 Millionen umgebracht worden) war auch der materielle Schaden, den das deutsche Reich dem Staat, in dem der erste sozialistische Großversuch in der Geschichte der Menschheit stattgefunden hat, ungeheuer groß.

In den Gedenkveranstaltungen der deutschen Politikergarde bleibt das in aller Regel unterbelichtet. Daher obliegt uns die Aufgabe, es in Erinnerung zu rufen.

Eine Aufschlüsselung aus dem Jahre 1945 mag darüber einen Eindruck vermitteln:

"Die Regierung der Sowjetunion hat der Reparationskommission einen Bericht über den ihr von Hitlerdeutschland und seinen Vasallen zugefügten materiellen Schaden übergeben. Der angerichtete Schaden wird auf 679 Billionen Rubel, d.h. ca. 136 Billionen Dollar, geschätzt. In dieser Ziffer sind der Ausfall im Nationaleinkommen, der Wert der konfiszierten Nahrungsmittel, die Kriegsausgaben der Sowjetunion, die Verluste infolge des verringerten Tempos der Entwicklung der Volkswirtschaft

etc. und vor allem die Menschenverluste nicht eingerechnet. Daß die Sowjetunion, die Gesamtheit ihrer Bürger, heute nicht um 2-300 Billionen Dollar reicher sind, haben sie Hitlerdeutschland zu verdanken.

Der Bericht enthält eine detaillierte Aufzählung der erlittenen Schäden. Über 25 Millionen Sowjetbürger wurden obdachlos gemacht. 1710 Städte, 70.000 Dörfer, 6 Millionen Gebäude wurden ganz oder teilweise zerstört. 40.000 Spitäler und medizinische Anstalten, 84.000 Schulen, 43.000 öffentliche Bibliotheken, zahllose Kunstdenkmäler wurden zerstört oder ausgeplündert.

31.000 industrielle Unternehmen wurden zerstört, 40.000 elektrische Motoren und Turbinen und 170.000 Drehbänke wurden entweder vernichtet oder abgeschleppt. Kohlenbergwerke mit einer jährlichen Kapazität von 100 Millionen Tonnen, Ölquellen mit einer jährlichen Kapazität von 6 Millionen Tonnen wurden zerstört. 65.000 km Eisenbahnschienen und 13.000 Brücken wurden zerstört und abgerissen, 15.800 Lokomotiven und 428.000 Eisenbahnwaggons wurden zerstört oder konfisziert.

Angesichts solcher Zahlen wird jeder gerecht denkende Mensch

begreifen, daß die Sowjetunion auf deutschen Reparationen besteht, um wenigstens einen Teil des Geraubten und Zerstörten zurückzuerhalten. (...)

Sie verlangen nicht Auge um Auge, Zahn um Zahn. Täten sie das, so wären bereits viele Millionen der deutschen Zivilbevölkerung so hingemetzelt worden, wie Hitler Millionen sowjetrusische friedliche Bürger, Männer, Frauen und Kinder hinmetzeln ließ. Aber sie bestehen auf Maschine für Maschine, Drehbank für Drehbank, Motor für Motor. (...)" (Aus: THE GERMAN AMERICAN, 1. Oktober 1945) Wie wir heute wissen, hat die Sowjetunion im Endeffekt nicht einmal auf dieser Entschä-



Aus: Überleben und Widerstehen, Zeichnungen von Häftlingen des KZ Auschwitz

digung bestanden, da sie diese seit Beginn des Kalten Krieges ja nur gegen die Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone hätte geltend machen können,

worauf sie dann weitgehend verzichtete, nachdem klar geworden war, daß sie die ihr von der Reparationskommission zugesprochene Entschädigung aus den drei Westzonen nicht erhalten würde.

Mit dem bereits 1944 unterzeichneten Abkommen von Bretton Woods, das den Dollar zur Leitwährung für den Weltmarkt erhob, war der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Paktes zudem der Zugang dorthin faktisch auch auf Naturalientauschbasis beschränkt und damit weitgehend verschlossen. Dieser Sachverhalt hat den der Sowjetunion zugefügten Schaden noch beträchtlich erhöht und den Zeitraum seiner Behebung erheblich verlängert.

Teilung Deutschlands und Wiederaufrüstung

Und der Kalte Krieg der neuen Führungsmacht der "freien Welt" gegen die Sowjetunion war es denn auch, der im weiteren Verlauf die deutsche Geschichte bestimmte. Der Westen Deutschlands sollte zunächst als Aufmarschgebiet für die von den USA entworfene Roll-back-Strategie dienen und wurde entsprechend eingegliedert. Hierbei spielte bereits sehr früh die Wiederaufrüstung eine wesentliche Rolle. Das Amt Blank zog dafür naturgemäß erfahrene Offiziere der Hitlerarmee heran.

Die Einfügung eines Artikels 12a (Wehrverfassung) war denn auch die erste große Revision des Grundgesetzes, durchgesetzt von allen "staatstragenden Parteien" gegen die KPD, deren Engagement gegen die Wiederaufrüstung schließlich (1956) zu ihrem Verbot führte. Bereits 1951 wurden die Grenzen zur

DDR dichtgemacht, damals noch von westlicher Seite, weil man hoffte, so die Lage in der DDR destabilisieren zu können. Die Interzonenpässe werden 1953 wieder abgeschafft.

Umgekehrtes vollzog sich - jeweils mit zeitlicher Verzögerung - in den bei Deutschland verbliebenen Ostgebieten. Waren dort demokratische Parteien (einschließlich der CDU) bereits zu einem Zeitpunkt tätig, wo sie in den drei Westzonen noch nicht zugelassen waren, so war es bei allen Maßnahmen, die auf eine Teilung und Wiederaufrüstung Deutschlands hinausliefen, umgekehrt. Die nach der am 5. Mai 1949 gegründeten BRD im September 1949 gegründete DDR wurde nach Aufnahme der BRD in die NATO in den Warschauer Pakt einbezogen.

In der BRD fallen die Würfel zum Aufbau der Bundeswehr bereits 1952, als das Bundesverfassungsgericht den Antrag der Opposition, die Bemühungen der Adenauer-Regierung um den Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) für verfassungswidrig zu erklären, verwirft. Während sich die SPD dieser Entscheidung beugt, kämpft die KPD weiter dagegen, objektiv unterstützt durch Frankreich, das damals einen Beitritt der BRD zur EVG ablehnt. Bei der Aufnahme der BRD in die NATO dagegen scheitert Frankreich.

Ein 1952 vom sowjetischen Außenminister Molotow vorgestelltes Anerbieten der Sowjetunion zur Wiedervereinigung Deutschlands bei Verzicht auf die militärische Westeinbindung wird von der Adenauer-Regierung ignoriert. In Österreich dagegen bringt die erklärte Neutralität auch die

Wiedervereinigung. Zu Gegenstellungen der westlichen Besatzungsmächte (nach dem britischen Außenminister Anthony Eden benannter Plan) auf der Berliner Außenministerkonferenz der 4 Besatzungsmächte 1954 (nach der Erhebung vom 17. Juni 1953) bekräftigte Molotow das sowjetische Angebot erneut und sagte u.a.:

"Wir alle streben danach, daß die Wahlen in Deutschland frei und demokratisch seien. Daraus muß man die Schlußfolgerung ziehen, daß solche Wahlen von den Deutschen selbst und nicht von den ausländischen Besatzungsbehörden durchgeführt werden müssen. Die Sowjetunion, die Beziehungen zu Ostdeutschland hat, fürchtet sich nicht davor, daß die Wahlen von Deutschen selbst, von ihren demokratischen Organisationen vorbereitet und durchgeführt werden. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland streben die demokratischen Kräfte danach, daß das vereinigte Deutschland ein demokratischer und friedliebender Staat sei. Wenn unsere vier Staaten sich demgegenüber wohlwollend verhalten und in Übereinstimmung miteinander handeln werden, so braucht man nicht daran zu zweifeln, daß das vereinigte Deutschland diesen Weg entschlossen beschreiten wird und daß die gesamtdeutschen Wahlen dem Interesse der Demokratie und des Friedens in Europa entsprechen werden.

Der Plan der drei Westmächte entspricht diesen Zielen nicht. Ein ernster Mangel dieses Plans besteht darin, daß er von Mißtrauen den deutschen demokratischen Kräften gegenüber durchdrungen ist. Man darf sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Frage der

Vereinigung Deutschlands faktisch völlig in den Händen der Besatzungsmächte liegt. Man kann die Deutschen von dieser Angelegenheit nicht ausschließen. Das wäre beleidigend für das deutsche Volk, das über nicht geringe demokratische Traditionen verfügt." (Zitiert nach: W.M. Molotow, Reden auf der Berliner Außenministerkonferenz 25. Januar bis 18. Februar 1954, Berlin 1954, S. 70) Molotow hielt den Westmächten vor, daß ihr Vertrauen zu den inzwischen wieder hochgepäpelten Großunternehmen und Banken, die noch beim Nürnberger Militärtribunal als für die Taten des Regimes verantwortlich verurteilt worden waren, sehr viel größer war.

Ähnlich erging es später dem Rapacki-Plan für eine entmilitarisierte Zone, der den Rückzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland vorsah.

Die BRD-Regierung wollte unter diesen Bedingungen die deutsche Einheit nicht.

1953 beginnt die DDR mit dem Aufbau der Nationalen Volksarmee. Bis dahin gab es nur die Betriebskampfgruppen der Arbeiter zur Verteidigung ihrer Betriebe, deren Existenz westdeutschen Politikern als "Argument" für den Aufbau der Bundeswehr diente.

Generell läßt sich feststellen, daß die Rüstung in West und Ost große Teile des Nationaleinkommens der Länder verschlang. Im Osten - dem sozialistischen Lager - war der Anteil am Gesamteinkommen wesentlich höher, um mit dem Rüstungsniveau der Westmächte Schritt halten zu können, ein Faktum, das sich in diesen Ländern politisch schwer belastend auswirkte und zu deren schon früher (wenn auch



Kinder im KZ

noch nicht weithin sichtbar) Wende zum Kapitalismus beitrug.

Die Ära des kalten Krieges

Mit Präsident Truman setzte sich in den USA ein Kurs durch, der in die Geschichte der USA als McCarthy-Ära eingegangen ist. Und dieser Kurswechsel zeichnete sich bereits durch den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki ab, die nicht mehr den bereits geschlagenen Gegner Japan treffen sollten, sondern der Sowjetunion signalisieren sollten, wer künftig auf der Welt das Sagen haben werde. Deutschland hatte Glück: Es hatte vorher kapituliert. Daher blieb ihm die Kostprobe dieser Bombe erspart.

Die ersten, die des Landesverrats bezichtigt wurden, waren die, die am Bau dieser Bombe mitgewirkt, aber Bedenken gegen deren Anwendung geäußert hatten. Jeder, der auch nur den Hauch eines Gedankens in Richtung Volkssouveränität verlaublich, mußte bald danach damit rechnen, als "kommunistischer Verbrecher" abgeurteilt und jahrelang hinter Gitter geschickt zu werden. Besonders hysterisch reagierte die US-Führungsschicht, als die Sowjetunion während des Koreakrieges, wo der Oberbefehlshaber der UN-Truppen in Korea, US-General McArthur, laut über die Möglichkeit eines erneuten Atombombeneinsatzes nachdachte, die Westmächte wissen

ließ, daß sie gleichfalls über diese Waffe verfüge.

Der Justizmord an dem Ehepaar Rosenberg, dem man den Verrat eines Geheimnisses unterschob, das es schon längst nicht mehr gegeben hatte, empörte damals die halbe Welt. Die 1951 wegen Atomspionage zum Tode verurteilten Julius und Ethel Rosenberg wurden 1953 trotzdem gehängt, weil sie sich bis zum Schluß weigerten, Einzelheiten preiszugeben und somit Verrat an ihren Ideen zu üben. Der Koreakrieg ging allerdings ohne Abwurf einer Atombombe - mit einem Patt - zu Ende.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stellte sich heraus, daß die gegen die Eheleute Rosenberg vorgebrachten Anschuldigungen der hysterischen Phantasie der

Ankläger entsprungen waren. Die damalige Hinrichtung mußte nachträglich als Justizirrtum qualifiziert und die Hingerichteten rehabilitiert werden. Es ist ein offenes Geheimnis, daß in den USA auch heute noch prozentual - bezogen auf die Gesamtbevölkerung - die meisten Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet werden. Der drohende Justizmord durch Hinrichtung des seinerzeit zur Black-Panther-Partei gehörigen Journalisten Mumia Abu Jamal, dem man einen Polizistenmord in die Schuhe schob und der seit 1981 in der Todeszelle sitzt, hat Anfang dieses Jahres wieder weltweites Aufsehen erregt. Sein Fall ist ein Indiz auch dafür, daß nichtweiße

Beschuldigte nach wie vor einen schweren Stand im "Land der unbegrenzten Möglichkeiten" haben. Die Geschichte der Strafjustiz der USA ist voll von Justizmorden, die später zu Rehabilitierungen der Opfer führten. Trotzdem gab es schon früh auch in Deutschland Propagandisten der Todesstrafe; bekannt war in den 50er Jahren z.B. der CDU-Bundestagsabgeordnete Adolf Süsterhenn wegen seiner Ansicht, ein Staat sei erst dann souverän, wenn er die Todesstrafe verhängen könne. Mögliche Irrtümer seien demgegenüber zweitrangig.

Zur neuen Grundhaltung der USA paßte es, daß man sich äußerst großmütig gegenüber kooperationsbereiten ehemaligen Nazis verhielt (bei den Physikern und auch bei Medizinern war das ja bereits vorexerziert worden) und insbesondere den Kollaborateuren aus dem "Weltanschauungskrieg" der Nazis

gegen die Sowjetunion, wenn sie lettischer, estnischer, litauischer oder ukrainischer Herkunft waren, die Möglichkeit bot, entsprechende Exilorganisationen zu errichten, die als Vertretungen eines freien Lettland, Estland usw. gelten sollten und daher auch dann noch nach Kräften gestützt wurden, wenn sie irgendwo von ihrer eigenen Vergangenheit eingeholt wurden. Man ließ sie erst fallen, als man sie nicht mehr brauchte; aber auch dann wurde ihnen allenfalls ein Verfahren im inzwischen wieder (anfänglich mit einer tüchtigen Marshall-Plan-Hilfe) aufgepäppelten Deutschland zuteil, wie etwa dem in der Sowjetunion schon in den 50er Jahren wegen seiner Beteiligung an Massenhinrichtungen von Juden in Abwesenheit zum Tode verurteilten Letten Majkovskis in Münster. Heute gelten dort und in anderen Staaten des ehemaligen Warschauer

Paktes solche Leute als staatstragend.

Der Reichtum des heutigen Deutschland verdankt sich also zu einem erheblichen Teil der Tatsache, daß es - unter dem Schutz des Kalten Krieges - nie mit der Sowjetunion Frieden schloß und somit auch keine Entschädigung für angerichtete Kriegsschäden leistete, der Westen Deutschlands vielmehr wirtschaftlich hochgepäppelt wurde.

Die BRD zahlte dagegen "Wiedergutmachung" an einen Staat, den es erst seit 1948 gibt: Israel. Nicht aber z.B. an jüdische Zwangsarbeiter, die die Naziära überlebt hatten.

Trotz 50 Jahre "Friedens" in Deutschland, in Wirklichkeit eines Zustandes des Kalten Krieges, sind die Verhältnisse dem Wunsch, NIE WIEDER KRIEG, NIE WIEDER FASCHISMUS nicht nähergekommen.

KD



Käthe Kollwitz zum Antikriegstag 1924

FASCHISTISCHE "DEUTSCHE LISTE" KANDIDIERT IN HERTEN

Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus fordert Verbot

Im Frühjahr 1994 hat sich in Herten die sogenannte unabhängige Wählergruppe "Deutsche Liste - Herten" gegründet. Seit dem 12. Dezember 1994 ist sie unter der Vereinsregisternummer 1858 beim Amtsgericht Recklinghausen als Verein eingetragen. Die "Deutsche Liste" (DL) sieht sich laut ihrer Satzung als "Zusammenschluß aller nationalen Kräfte auf kommunaler Ebene". Mitglieder der Deutschen Liste haben am 16.10.1994 für die DL zu den Kommunalwahlen in Herten und für die "Unabhängige Wählergruppe" zum Recklinghäuser Kreistag kandidiert.

Die zu den anstehenden Landtagswahlen erfolgte Kandidatur von **Andreas Jerosch** im Wahlkreis 81 (Herten, Marl-Polsum, Dorsten-Süd) und von **Mario Gerth** im Wahlkreis 85 (Recklinghausen) wurde nunmehr (trotz Einspruchs von Bündnis 90/Die Grünen) vom Wahlausschuß für die Landtagswahlen bestätigt. Die Mitglieder der Deutschen Liste und der Unabhängigen Wählergruppe setzen sich aus neofaschistischen Skinheads sowie ehemaligen Mitgliedern bzw. Kandidaten der Republikaner und der NPD zusammen. Auch aufgrund ihrer Satzung muß die DL als ausländerfeindlich, nationalistisch, neofaschistisch und militant bezeichnet werden. Einige Beispiele:- Die DL schürt den sozialen Neid zwischen deutschen Bürgern auf der einen und Ausländern, "Asylanten" und Asylbewerbern auf der anderen Seite. Die DL fordert: Wohnungen, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus errichtet wurden, sollen nicht "von Asylanten oder Asylbewerbern genutzt werden".- Die DL strebt an, daß ausländische Bürger von sozialen Leistungen und Hilfen ausgenommen werden: "Deutsche Mitbürger, die in Not geraten, haben Anspruch auf die Solidarität und Hilfe der Allgemeinheit." - Die DL macht die Ausländer zu Sündenböcken der

wachsenden gesellschaftlichen Probleme:

"Die in den letzten Jahren eingetretene Zunahme des Zuzuges von Asylbewerbern und die Unfähigkeit, abgelehnte Asylbewerber zurückzuweisen, stellt die Kommunen vor gewaltige Probleme. Die dadurch entstehenden Belastungen schränken die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen ein, für die einheimische Bevölkerung tätig zu sein. Der steigende Mißbrauch der Sozialgesetze muß zum Schutz der Anspruchsberechtigten beendet werden." (Und "anspruchsberechtigt" sind eben nach Meinung der DL nur "deutsche Mitbürger", d. Red.)

- Die DL will eine Ausweitung der Rechte für ausländische Bürger verhindern und fordert darüber hinaus drastische Einschnitte:

"Die DL fordert:

- sofortige Abschiebung aller abgewiesenen Asylbewerber
- kein Wahlrecht für Ausländer
- keine doppelte Staatsbürgerschaft für Ausländer
- keine Familienzusammenführung der Ausländer, außer in ihren Heimatländern." (Eine besonders zynische Formulierung der Faschistenparole "Ausländer raus", d. Red.).

Im Wahlkampf legt die DL ihren Schwerpunkt auf Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus. Mit tausenden Aufklebern

auf Stromkästen, Laternenmasten usw. wurde Stimmung gegen Ausländer gemacht: "Bei ihnen leben zu viele Ausländer, sagen 50 % der Briten, 52 % der Franzosen und 55 % der Deutschen". "Kein Wahlrecht für Ausländer". "Asylbetrug stoppen!". und "Gegen Multikulti!".

Mitglieder bzw. Kandidaten der DL haben in der Vergangenheit ihre Gewaltbereitschaft gegen Ausländer und Andersdenkende wiederholt unter Beweis gestellt:

Hartmut Grudke bekundete 1988 in einem Leserbrief seine Sympathie für die NPD und hatte auch als Mitglied der Republikaner keine Probleme, in deren Kreisvorstand mit Mitgliedern der NPD zusammenzuarbeiten. 1990 bezeichnete ihn die RZ als in Marl "stadtbekanntes Scharfmacher der Republikaner". Selbst Mitglieder des Kreisvorstandes der Republikaner versuchten 1990, ein Ausschlußverfahren gegen ihn durchzusetzen, weil er zu rechtsextrem sei. Am Volkstrauertag 1991 legte er am "Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus und der Gewaltherrschaft" auf dem Creiler Platz in Marl Kränze mit den Aufschriften "Ehre dem deutschen Soldaten", "Verachtung den deutschen Deserteuren" und "Hartmut Grudke, unabhängiger

Nationalist im Rat der Stadt Marl" nieder.

Grudke verlor u.a. einen Prozeß gegen den Marler SPD-Fraktionsvorsitzenden Günter Cyrus, der ihn als "Neo-Nazi" bezeichnet hatte.

Frank Reber war 1983/84 Aktivist der NPD, der inzwischen verbotenen Wiking-Jugend und auch der inzwischen verbotenen ANS/NA. Am 13.7.1983 legte er eine Sprengstoffatrappe in den Briefkasten des Hauses der jüdischen Kultusgemeinde in Recklinghausen. Hierfür wurde er zu 1 1/2 Jahren auf Bewährung verurteilt. Schon 3 Wochen nach seiner Verurteilung war er mit Gesinnungsfreunden aus Bochum und Oer-Erkenschwick an einem Krawall in Dortmund beteiligt. 1986 war er mit 9 weiteren Neonazis angeklagt wegen öffentlichen Zeigens von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen, Singen des Horst-Wessel-Liedes und Brüllen der Parole "Sieg Heil" sowie massiver Störung einer Veranstaltung von amnesty international. Heute ist F. Reber "Ortsleiter" der DL Herten.

Melanie Haupt war am 30.11.1990 als Fahrerin an dem

Brandanschlag auf das Asylheim in der Langenbochumer Straße in Herten beteiligt. Dafür wurde sie zu 18 Monaten auf Bewährung und 150 Sozialstunden (hat nix bewirkt, d. Red.) verurteilt.

Jürgen Riefing war 1992 mit seinem Bruder, Dieter Riefing ("Kreisbevollmächtigtem" der inzwischen verbotenen FAP), für die inzwischen ebenfalls verbotene **Nationalistische Front (NF)** und die **Nationale Offensive (NO)** tätig. Mit seinem Bruder war er an zahlreichen Aktionen der FAP und Übergriffen von Skinheads gegen türkische Bürger in Oer-Erkenschwick beteiligt.

Markus Kriedel wurde erst jüngst wegen eines brutalen Überfalls auf Jugendliche, die ein von ihm geklebt Plakat der NPD entfernen wollten, zu 6 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.

Die Liste ließe sich fortsetzen. Erwähnenswert ist vielleicht noch, daß Frank Reber gemeinsam mit Frank Maß (ebenfalls seit Jahren als militanter Neofaschist bekannt) den Verlag und Vertrieb "Der Mjölni r" (der Hammer des germanischen

Donnergottes Thor - d. Red.)gegründet hat.

Reber ist überhaupt recht untrübig. So ist er als "Schützenbruder" in einer "Bürgerschützengilde" aktiv, so gründete er den "**Deutsche Sportaktivisten e.V.**" (Vorstandsmitglied hier auch Rebers Mutter), einen "Sportverein", der durch Mitgliedschaft im Deutschen Sportbund nach wie vor alle Vorteile dieser Zugehörigkeit nutzen kann (allerdings regt sich auch hier Widerstand, so wurde den "Deutschen Sportaktivisten" inzwischen die Berechtigung aberkannt, Sportabzeichen zu verleihen).

All diese Aktivitäten waren seit geraumer Zeit ohne großes Aufsehen in Herten über die Bühne gegangen. Damit ist jetzt Schluß! Das Hertener Bündnis hat sich das Ziel gesetzt, Verbot und Auflösung der DL zu erreichen.

Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus

ANZEIGE

Attatroll Buchladen

45657 Recklinghausen Hermer Str. 16

☎ 02361 / 17002

"Jetzt sind freilich aufgeklärter
Diese Menschen, und sie töten
Nicht einander mehr aus Eifer
Für die himmlischen Interessen. -



"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
Sondern Eigennutz und Selbstsucht
Treib sie jetzt zu Mord und Totschlag.
Heinrich Heine "Atta Troll"



Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18:30 & Sa 9.00-14.00

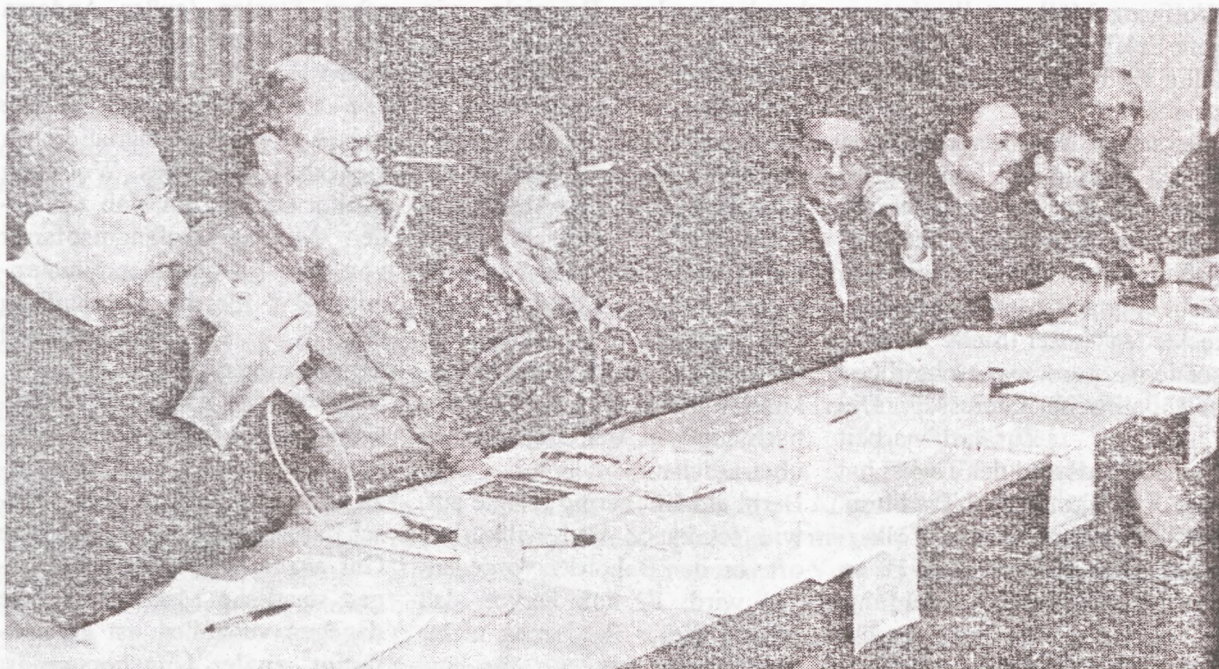
Küche nur 100 Jahre alt gebacken

KOKILLE



Original türkische Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 66611
geöffnet
Montags bis Sonntags
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts



AKTION FLUCHTBURG RECKLINGHAUSEN

PODIUMSDISKUSSION GEGEN ABSCHIEBUNGEN

Am 15. März organisierten die SchülerInnenvertretung (SV) des Marie-Curie-Gymnasiums (MCG) und die Ortsgruppe RE des Antifaschistischen Bundes in der Aula des MCG eine Podiumsdiskussion. Dieser Veranstaltung waren wochenlange Querelen mit dem Schulverwaltungsamt vorausgegangen, das dem AFB die Genehmigung für die Nutzung schulischer Räume verweigerte. Auf die Einzelheiten einzugehen, würde hier zu weit führen.

Daß die Veranstaltung dann doch noch durchgeführt werden konnte, lag nicht zuletzt an der Unterstützung durch die SV.

Daß sie dann ausgerechnet am 15. März, dem Tag der Aufkündigung des Abschiebestopps gegen KurdInnen durch Bundesinnenminister Kanther, stattfand, war zwar eher Zufall, trug allerdings mit dazu bei, daß in der Recklinghäuser Presse ausführlicher als üblich berichtet wurde.

Knapp 100 Menschen verfolgten mit großem Interesse, wie

die einzelnen TeilnehmerInnen auf dem Podium die Lage der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen in der BRD im allgemeinen und konkret im Kreis Recklinghausen einschätzten.

Auf dem Podium saßen Leute, die sich seit Jahren mit der Situation von Flüchtlingen beschäftigen, sei es beruflich wie **Anita Wolschendorf**, die das Flüchtlingsreferat der ev. Kirche im Kirchenkreis Recklinghausen leitet, sei es aus religiösem Engagement wie Pfarrer **Bernhard Lübbering**, der für den Recklinghäuser Flüchtlingsrat sprach, oder besonders **Wolfgang Müller** aus Dülmen, der im Flüchtlingsrat NRW tätig ist.

Aber auch die übrigen TeilnehmerInnen waren aus der "Flüchtlingsarbeit" bekannt:

Ralf Opalka von amnesty international, **Ali Ertan Toprak**, Mitglied im Internationalen Freundschaftsverein und (zu diesem Zeitpunkt) Spitzenkandidat der "Internationalen Liste" bei den Wahlen zum AusländerInnenbeirat (Ali Ertan wurde inzwischen in den Beirat gewählt), **Jutta Winter**, Rechtsanwältin aus Recklinghausen, die viele AsylbewerberInnen juristisch unterstützt, und **Frank Cerny** von den JungsozialistInnen. Geleitet wurde die Diskussion gemeinsam von Niels von

der SV und Wolfgang E. vom AFB.

Wolfgang Müller stellte in seinem Eröffnungsreferat nicht zufällig die Frage drohender Massenabschiebungen von (abgewiesenen) AsylbewerberInnen in den Mittelpunkt und machte angesichts der von Abschiebung bedrohten KurdInnen deutlich, daß für diese Bundesregierung nicht Humanität und Menschenrechte an erster Stelle stehen, sondern pure wirtschaftliche und politische Interessen: Die "gute" Zusammenarbeit Deutschlands und der Türkei hat eine unrühmliche Tradition. Müller erinnerte an den Völkermord, den die Türkei 1915 an den ArmenierInnen durchführte. Schon damals stand Deutschland der Türkei "freundschaftlich" zur Seite.

Heute unterdrückt die Türkei in ihrem Land nationale und religiöse Minderheiten, verfolgt die demokratische Opposition und betreibt Völkermord am kurdischen Volk.

Trotz dieser in aller Welt verurteilten Politik der Türkei werden aus der BRD vom 15. März an wieder KurdInnen in die Türkei angeschoben (nachdem Bayern bereits vorgeprescht war)!

Anita Wolschendorf und Bernhard Lübbering machten an konkreten Beispielen aus Recklinghausen deutlich, daß die Bundespolitik auf kommunaler Ebene ihre Entsprechung findet: Wenn Flüchtlinge mit 8 Personen auf engsten Raum in einen Container gepfercht werden, kann dies nur als zutiefst inhuman empfunden werden.

Anita berichtete, wie sich auf ihre und Bernhard Lübberings Initiative hin angesichts der Morde in Mölln, Solingen und anderswo der Flüchtlingsrat gegründet hatte.

Inzwischen wurde in der BRD das Asylrecht so gut wie abgeschafft, was den Grundstein zu

einer rigorosen Abschiebepolitik legte. Anita berichtete anhand einzelner Beispiele, wie sehr Angst und Verunsicherung unter den AsylbewerberInnen zugenommen haben.

Die aus RE ausgewiesenen AsylbewerberInnen werden inzwischen alle in den Abschiebeknast BÜREN verbracht, was in der Kette inhumaner Maßnahmen das letzte Glied darstellt. Die zahlreichen Fälle von Selbstmord in den Abschiebeknästen beweisen: Die "Schreibischtäter" in der BRD gehen über Leichen.

Bernhard Lübbering zeigte auf, wie schikanös und willkürlich oft von den Behörden vorgegangen wird. Er hob hervor, daß seitens dieser Regierung nichts zu erwarten ist - für eine "Fluchtburg Recklinghausen" müssen wir "Sympathie in der Bevölkerung wecken", ohne eine Bewegung von unten, wie sie in der Schweiz existiere, sei nichts zu erreichen.

Frank Cerny von den Recklinghäuser JungsozialistInnen stellte als großes Problem heraus, daß außer ihm von den politischen Parteien niemand anwesend war (Martin Uphoff von Bündnis 90/Die Grünen und Benno Portmann von der Jungen Union hatten ihre Teilnahme zwar zugesagt, fielen aber kurzfristig wegen Krankheit aus).

An der SPD gibt es nach den "Petersberger Beschlüssen" (Zustimmung zum "Kompromiß" in der Asylrechtsänderung) in den Reihen der JungsozialistInnen nach wie vor viel Kritik. Cerny hob aber hervor, daß die Jusos in RE bereit seien, verstärkt bei der Unterstützung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen aktiv zu werden.

Ralf Opalka und Jutta Winter stellten dar, daß Menschenrechtsverletzungen auch in der BRD anzuprangern seien - laut amnesty werden in über 160

Staaten die Menschenrechte verletzt, so auch in allen europäischen Staaten (außer Andorra und Liechtenstein).

Fazit:

Die Diskussion war beileibe kein Aufruf zur Resignation, im Gegenteil. So wies Wolfgang Müller darauf hin, daß z.B. jeden Montag Gefängnispfarrer vor dem Landesinnenministerium NRW für die Abschaffung der Abschiebehaft demonstrieren.

Vertreter des AFB riefen angesichts der Menschenrechtsverletzungen seitens des Staates dazu auf, die Würde des Menschen tatsächlich als das höchste Gut anzusehen: Widerstand gegen staatliche Maßnahmen, die dagegen verstoßen, ist gerechtfertigt, ziviler Ungehorsam ist notwendig!

Die Versammelten waren sich darin einig, daß die Diskussion einen Beitrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Initiativen geleistet hat und deshalb unbedingt fortgesetzt werden sollte.

Wolfgang T. (AFB RE)

Greifen wir
gemeinsam
nach den
Sternen!



Dokumentation des Gegengipfels zur
Ministerratstagung der Europäischen Union
am 9.-11.12.94 in Essen

Aus dem Inhalt:

- Redebeiträge des Gegengipfels
- Kundgebungsbeiträge
- Fotodokumentation
- Ablaufchronologie
- Erfahrungsbericht zur Demo
- Vorbereitung und Mobilisierung
- Juristisches zum Demoverbot
- Auswertungs- und Kritikpapiere

Herausgeben vom „Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel“ · Umfang: 64 Seiten · Preis: 8,- DM

Unrast Verlag

Postfach 8220 · 48043 Münster

Tel. 02 51/66 62 93 · Fax 66 61 20



RECHTE TERRORWELLE ÜBER ÖSTERREICH

Mordanschlag auf den Journalisten Wolfgang Purtscheller

In einer bisher beispiellosen Kampagne versucht Jörg Haider, Bundesobmann der "Freiheitlichen", einen kritischen Journalisten mundtot zu machen. Der versuchte Anschlag auf einen Starkstrommast in der Nähe von Wien dient als Aufhänger, Antifaschisten für die Bombenserie in Österreich verantwortlich zu machen.

EINE CHRONOLOGISCHE DARSTELLUNG:

6.4.1995: Mord im Innviertel
Zwischen dem 5. und 7. April bereiste Wolfgang Purtscheller das Innviertel in Oberösterreich, um dort eine Serie von Vorträgen über die Neonaziszene in Österreich zu halten. Das Innviertel gilt als eine der Regionen in Österreich, in denen die braune Tradition am tiefsten verwurzelt ist; insbesondere die Schulstadt Ried im Innkreis (14.000 EinwohnerInnen) gilt als braune Hochburg. In der dortigen "Jahrhunderthalle" hält der Vorsitzende der F-Bewegung (vormals FPÖ) Jörg Haider seine alljährlichen Aschermittwochsfeiern ab.

Am 6. April hielt Wolfgang Purtscheller einen Vortrag vor der neugegründeten SchülerInnen-Antifa im Rieder Franziskusheim. Dieser Vortrag war sowohl in der Regionalpresse als auch mit Flugblättern und Plakaten breit und langfristig angekündigt worden. Um ca. 22.30 Uhr fuhren Purtscheller und sein Leibwächter ins Stadtzentrum, um im Kulturzentrum "KiK" Bekannte und Kollegen zu treffen. Zu diesem Zeitpunkt war im KiK noch eine von ca. 250 Jugendlichen besuchte Schülerparty im Gange, die um kurz nach 23 Uhr offiziell beendet wurde. Nach und nach machten sich die BesucherInnen auf den Heimweg. Unter den Besuchern dieser Party befand sich der 37jährige Raimund Friedl, ein arbeitsloser Bauarbeiter und Stammgast des KiK. Um ca. 23.10 Uhr verließ Friedl mit zwei Bekannten das KiK. Sie begaben sich in die

Extrabar, die keine hundert Meter entfernt liegt und neben dem KiK der einzige "alternative" Platz in der Stadt ist.

Der Weg vom KiK zur Extrabar führt auch durch eine enge und praktisch unbeleuchtete Gasse, in der sich auch die Bude der rechtsextremen Rieder Pennäler-Burschenschaft "Germania" befindet.

Direkt gegenüber liegt der Braugasthof "Träger", in dem Wolfgang Purtscheller während seiner gesamten Vortragsreise in der Region logierte und auch schon früher immer abgestiegen war.

Als Raimund Friedl sah, daß sich in der Extrabar keine seiner Bekannten aufhielten, machte er sich umgehend auf den Heimweg, der wiederum durch die besagte Gasse führte.

Dort - nur 20 Meter von der Extrabar und 5 Meter von der Tür der Burschenschaft "Germania" entfernt - lauerten ihm seine Mörder auf. Durch einen einzigen gezielten Schuß ins Herz wurde Raimund Friedl praktisch hingerichtet.

Zeugen, die unmittelbar nach Friedl die Extrabar verließen, sahen noch, wie zwei Männer, einer von ihnen mit extrem kurzen Haaren, den leblosen Körper Friedls hochhoben, um ihn direkt danach mit dem Kopf aufs Pflaster zu schleudern.

Die beiden Zeugen versuchten, den leblosen Körper Friedls wiederzubeleben; währenddessen mischten sich die Männer unter die mittlerweile eingetroffene

Schar der Schaulustigen und verschwanden danach spurlos.

Das kurz darauf eingetroffene Rote Kreuz konnte nur noch den Tod durch Herzschuß feststellen.

Das Opfer:

Eine Verwechslung

Alles deutet darauf hin, daß Raimund Friedl das Opfer einer Verwechslung wurde und daß der Anschlag Wolfgang Purtscheller galt.

Dafür sprechen mehrere Faktoren:

- Friedls Weg von der Extrabar nach Hause ist exakt derselbe Weg, den Wolfgang Purtscheller hätte nehmen müssen, um ins Hotel zu gelangen.

- Friedl hatte eine auffallende äußere Ähnlichkeit mit Wolfgang Purtscheller, vor allem mit jenem Outfit, welches sich Wolfgang Purtscheller für seine Fenschaufritte zulegt. Auch trug Friedl ähnliche Kleidung wie Purtscheller an diesem Tag.

- Wolfgang Purtscheller steht seit längerer Zeit auf der Abschlußliste der Neonazis.

Er ist Autor mehrerer Bücher über die österreichische rechtsextreme Szene und schreibt für verschiedene Tageszeitungen und Magazine ("Standart", "News" u.a.). Die Resultate von Purtschellers Recherchen führten wiederholt zu Festnahmen und Verurteilungen von Neonazis, u.a. sitzt ein Teil der Führungsriege der österreichischen Neonazigruppe VAPO aufgrund von Material, welches Purtscheller veröffentlichte, langjährige Haftstrafen ab.

Im Schreiben der Terrorgruppe "Bajuwarische Befreiungsarmee (BBA)" zeichnete diese Gruppe verantwortlich für das Bomben-Attentat auf die Roma in Oberwart vom 4.2.1995, welches vier Todesopfer forderte. In diesem Schreiben fragten die Attentäter: "Warum Sie gegen die Journalisten (...) und Purtscheller und sonstige Dauerverleumder so wenig unternehmen, ist übrigens auch verwunderlich."

Die Rolle der "Freiheitlichen" um Jörg Haider

Aber nicht nur der VAPO und der Bajuwarischen Befreiungsarmee war Purtscheller ein Dorn im Auge, sondern auch der F-Bewegung um Jörg Haider.

Gerade in den Tagen vor dem Attentat in Ried startete die Haiderpartei eine beispiellose und hysterische Hetzkampagne gegen Wolfgang Purtscheller.

So wurden in dringlichen parlamentarischen Anfragen sowohl Wolfgang Purtschellers Vortragstätigkeit an Schulen ("linksradikale Agitation auf Steuerzahlerkosten") als auch sein Mitwirken an einer Expertise des renommierten Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) über die Bekennerbriefe der BBA angegriffen.

Purtscheller und das DÖW hatten festgestellt, daß in der der Haiderpartei nahestehenden Zeitschrift "Aula" in manchen Leserbriefen eine mit den Bekennerbriefen weitgehend übereinstimmende Diktion und "Argumentation" verwendet wird. Dies führte am 2.3.1995 zur gerichtlichen Beschlagnahme der Abonnenten-Kartei der "Aula". Ein Beamter der Staatspolizei erklärte gegenüber der Illustrierten "News" (15/95), daß eine Gruppe von vier Aula-Abonnenten für die Tat in Frage käme: "Auf alle vier paßt das Täterprofil, das wir bereits im Februar ausgearbeitet haben."

Seitdem schießt die "Aula" aus vollen Rohren gegen Purtscheller und das DÖW.

Die Expertise von Purtscheller und dem DÖW wurde mittlerweile durch ein weiteres Gutachten untermauert, an dem auch Experten des Bundeskriminalamtes mitgewirkt hatten. Somit scheint außer Frage, daß die Täter von Oberwart im Umfeld der "Aula" und damit der F-Bewegung zu suchen sind.

Die Ermittlungen der Polizei

Wie auch bei vorausgegangenen Attentaten (unmittelbar nach der Bombe von Oberwart wurden die Roma selbst für verantwortlich erklärt) zeigt die Polizei auch diesmal kein wirkliches Interesse an der Aufklärung bzw. an der Aufdeckung der politischen Hintergründe.

Die Ermittlungen im Mordfall Friedl sind geprägt von ständigen Desinformations- und Vernebelungsversuchen. Erst wurde behauptet, es habe sich um einen Raubmord gehandelt, dann war es auf einmal eine Abrechnung im Homosexuellenmilieu, und schließlich wurde Friedl zum Zufallsoffer erklärt. Nichts von dem ist wahr. Friedl galt als schüchtern, freundlicher Mensch ohne die geringsten Affären und Skandale.

Die Ausführung der Tat deutet selbst für Laien - eindeutig auf Profikiller hin, wonach ein "hausgemachtes" Motiv endgültig ausscheidet.

Dieser polizeiliche Umgang muß auch im Kontext zu einem Vorfall am 22.9.1994 gesehen werden. Damals wurde Wolfgang Purtscheller in Wien von Polizisten des Kommissariats Wien 10, die bekannt sind für ihre Nähe zur Haiderpartei, am Rande eines Polizeieinsatzes gegen Flüchtlinge erkannt, verhaftet und schwer mißhandelt. Seine journalistischen Unterlagen wurden widerrechtlich beschlagnahmt. An seinen damals

erlittenen Verletzungen laboriert er heute noch.

Haider bemerkte zu diesem Polizei-einsatz: "Es ist doch schön, wenn man so einen lästigen Linken einmal ein bißchen zur Räson bringen kann."

Vier Tage nach dem Attentat auf Friedl, als die Zusammenhänge längst klar waren, wurde Wolfgang Purtscheller von der Polizei vernommen. Zu seiner Sicherheit wurde ihm von der Staatspolizei allen Ernstes angeboten, daß alle Stunde eine Streife des Kommissariats Wien 10 an seinem Haus vorbeischaun werde.

11. April: Mysteriöser Anschlag auf einen Strommast eröffnet die Jagd auf "linke" Bombenleger

Am 11. April 1995 wurden fünf Sprengsätze an einem Starkstrommasten in der Nähe von Wien befestigt. Am 19.4.1995 fand ein Bauer zwei Leichen neben dem Mast liegend. Es handelte sich um Gregor Thaler und Peter Konicek, beide Aktivisten der kleinen linken Szene in Österreich. Einem Opfer wurde der Kopf weggerissen, der Schädel beider Leichen war zertrümmert. Beide Opfer waren fast bis zur Unkenntlichkeit (40 %) verbrannt, bis auf die Personalausweise, welche nahezu unversehrt blieben. Eine weitere Spurensicherung fand nicht statt, da die Polizei sich nicht in der Lage sah, die Sprengsätze zu entschärfen. So wurde der Strommast, samt den danebenliegenden Leichen, von der Polizei gesprengt. Laut offizieller Version der Polizei hätten die beiden Opfer versucht, den Strommast zu sprengen, und seien dabei selbst ums Leben gekommen. Völlig untypisch für die Ermittlungsmethoden der österreichischen Polizei wurde die Biographie der beiden Opfer genauestens aufgelistet, an welchen Demonstrationen sie teilgenommen hatten, welche

Anwälte sie vertreten hatten, und die persönliche Bekanntschaft mit Wolfgang Purtscheller. Die ermittelnde Polizei legte weiterhin nahe, daß die Sprengfalle des Strommastes Ähnlichkeit mit den Anschlägen auf die österreichische Bahn im Jahre 1991 und auf die Flughafenautobahn im Jahre 1989 aufwies.

An der Urheberschaft der beiden Opfer für die Sprengfalle an dem Strommasten sind bei genauerer Untersuchung Zweifel angebracht. Die Leichen waren verbrannt, nur die Personalausweise nicht. Gregor Thaler war, laut Angaben von Freunden, dafür bekannt, grundsätzlich keinen Personalausweis mit sich zu führen. Peter Konicek wohnte in unmittelbarer Nähe des Tatortes, ein Umstand, der für die Ortswahl einer Sprengung eines Strommastes durchaus ungewöhnlich ist (in Österreich gibt es keine Kampagne der Atomkraftgegner gegen die Infrastruktur der Energiekonzerne wie in Deutschland).

Der PKW der beiden wurde in Wien-Favoriten aufgefunden,

ohne jedoch Spuren von Sprengstoff aufzuweisen.

21.4.1995: Jörg Haider geht in die Offensive

Am 21.4.1995 meldete sich Jörg Haider mit einer Pressekonferenz zu Wort. Er behauptete, Wolfgang Purtscheller sei mit den "Tätern" persönlich bekannt. Bei der oben erwähnten Beschlagnahme seiner journalistischen Unterlagen durch die Wiener Polizei seien Unterlagen für den Bombenbau und Sprengstoffanleitungen gefunden worden. Weiterhin erklärte er: "Der befindet sich auf freiem Fuß, der unterrichtet unsere Kinder, da stimmt doch etwas nicht in diesem Land." An den Innenminister stellte er die Frage, ob Purtscheller "ein V-Mann des Innenministeriums" sei, weil er am 10. April 1995 im ORF-Abendjournal darauf hingewiesen hatte, daß weitere Anschläge der Neonazis bevorstünden. Außerdem behauptete er, daß die Freunde Purtschellers "gewaltbereite Linke" seien, "die nicht nach Österreich einreisen" dürften. Auch ein Teil der bürgerlichen Medien ("Kurier") stimmte in diesen

Chor ein und setzte den Anschlag auf den Strommasten mit der Sprengfalle von Oberwart gleich. Es wird über "linke Wehrsportgruppen" in Österreich berichtet, die es de facto nicht gibt. Die auflagenstärkste österreichische Tageszeitung, "Die Kronenzeitung", veröffentlichte ein Phantombild des mutmaßlichen Täters von Klagenfurt, das einem der beiden Strommastenopfer ähnlich sehe. (Im August 1994 riß die Detonation einer Paketbombe, adressiert an eine

deutsch-slowenische Schule, einem Polizeibeamten beide Arme weg.)

21.4.1995: Paketbombenatrasse gegen Klagenfurter Theater

Unterdessen wird der Briefbombenterror der Nazis fortgesetzt. Am Freitag, dem 21.4.1995, wurde eine Paketbombenatrasse an das Klagenfurter Stadttheater adressiert (Absender aus Dresden). Die Regisseurin Konstanze Lauterbach inszeniert zur Zeit ein Bertolt-Brecht-Stück am dortigen Stadttheater. Nazi-Postillen aus Österreich hatten ihr Umfeld zur Verhinderung der Aufführung aufgerufen.

In einer massiven Kampagne wird versucht, die Linken für die Bombenserie in Österreich verantwortlich zu machen. Dies ist als Befreiungsschlag Jörg Haider und der im Land agierenden "Werwolfgruppen" zu werten, die in Bekennerbriefen bereits die Verantwortung für die Bombenanschläge übernommen hatten. Deutlich ist eine Arbeitsteilung zu erkennen: Jörg Haider hetzt, seine Seilschaften innerhalb der Polizei verschleiern, die Anhänger der "F" in den Medien unterstützen die Kampagne durch Wiedergabe von ungeprüften Falschinformationen publizistisch, und die "Werwolfgruppen" der militanten Neonazis versuchen, Kritiker und Journalisten zu liquidieren.

Insbesondere Teile des Polizeiapparates sind heute für die Regierung nicht mehr kontrollierbar. Die Demokratie Österreichs wird sturmreif geschossen, damit Jörg Haider, unbehelligt von journalistischen Recherchen, die Regierung übernehmen kann.

Das Leben Wolfgang Purtschellers ist in Österreich gefährdet; ihm bleibt keine andere Möglichkeit als der Weg ins Exil.

AntifaschistInnen aus Österreich

Theater Kunst

Jonglieren

Artistik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10⁰⁰-18⁰⁰
Samstags 10⁰⁰-14⁰⁰ & langer Samstag

MASSAKER IM IRAN**Über hundert Tote**

Am Dienstag, den 4. April 1995 (15. Farwardin 1374), fand laut Mitteilung zahlreicher Nachrichtenagenturen, darunter auch der IRNA (Iranische Nachrichtenagentur), in dem Teheraner Vorort Akbar Abad (Eslamshahr) am frühen Morgen eine Demonstration statt, an der Tausende von Einwohnern dieses Ortes teilgenommen haben. Der Protest richtete sich dagegen, daß die Wasserleitungen regelmäßig gesperrt werden und man dann den ganzen Tag kein Wasser mehr bekommen kann. Die Pasdaran (Sicherheitskräfte) und die Aufpasserkomitees schossen in die Menge, die bis dahin ihre Forderungen friedlich zum Ausdruck gebracht hatten. Nach letzten Angaben der o.g. Agenturen waren mindestens hundert Demonstrierende tot, darunter mehrere Kinder zwischen 3 und 7 Jahren und Frauen. Auf den Angriff seitens der Staatsgewalt reagierte die Masse damit, daß sie öffentliche Gebäude und Banken, die mit dem Regime identifiziert wurden, in Brand steckte. Laut Presseerklärung der Iranischen Partei der Nation (Hezb-e Melat-e Iran) sind die Krankenhäuser im Süden Teherans mit Verwundeten überfüllt. Sicherheitskräfte haben mehrere hundert Verletzte aus den Krankenhäusern mitgenommen und an einem unbekanntem Ort hingerichtet.

Seit dem Nachmittag des 4. April fliegen Militärhubschrauber über Akbar Abad. Die Lage im Iran ist seit dem iranischen Neujahrsfest (21. März) gespannt. Seit Neujahr sind die Preise für wichtige Güter des täglichen Bedarfs erheblich angestiegen; die wirtschaftliche Lage der Massen hat sich drastisch verschärft. Der Staat zeigt seither verstärkte Militärpräsenz. In Städten wie Teheran und Meschhed rollen auf den Straßen Panzer.

Das Massaker von Akbar Abad macht erneut den diktatorischen Charakter des iranischen Regimes deutlich, das sich seit seinem Bestehen seiner Gegner im In- und Ausland durch Mordkommandos entledigt. (In Deutschland läuft seit einiger Zeit der Mykonos-Prozeß wegen der Ermordung von Sadek Sharafkandi in Berlin.) Dieses Massaker wirft auch ein Schlaglicht darauf, was davon zu halten ist, wenn der Iran heute von interessierten Kreisen der Wirtschaft und Politik zu einem "sicheren Land" erklärt wird. Diese Ereignisse zeigen, daß das Regime im Iran nur durch Brutalität und Blutvergießen existiert. Von daher scheint es keine andere Möglichkeit als den bewaffneten Kampf gegen diese Diktatur zu geben. (Aus: MA, Sonderausgabe Nr. 2,

ANZEIGEN)

SONNENBLUME
NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
Wurst und Fleischwaren aus der Bio-Metzgerei
Ökologische Weine, Sekt und Säfte
Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18⁰⁰ Uhr
Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau

BIOLAND-Getreide

Eigene Mühle

Informationen

Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

FASCHISMUSTHEORIEN

Im folgenden werden die Ergebnisse einer Diskussion dokumentiert, die beim Antifaschistischen Bund Wanne-Eickel stattgefunden hat.

A. Thalheimer, Über den Faschismus (1930)

Ansatz: Marxens Ausführungen zum Bonapartismus

(in: Vorwort zum 18. Brumaire ..):

"Indem also die Bourgeoisie, was sie früher als 'liberal' gefeiert, jetzt als 'sozialistisch' verketzert, gesteht sie ein, daß ihr eigenes Interesse gebietet, sich der Gefahr des Selbstregierens zu überheben, daß, um die Ruhe im Land herzustellen, vor allem ihr Bourgeois-Parlament zur Ruhe gebracht, um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müssen; daß die Privatbourgeois nur fortfahren können, die anderen Klassen zu exploitiern und sich ungetrübt des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung zu erfreuen unter der Bedingung, daß ihre Klasse neben den anderen Klassen zur politischen Nichtigkeit verdammt werde, daß, um ihren Beutel zu retten, die Krone ihr abgeschlagen und das Schwert, das sie beschützen soll, zugleich als Damoklesschwert über ihr eigenes Haupt gehängt werden müsse."

Marx nennt als weitere (historische) Ursachen für den Bonapartismus (= Herrschaft Bonapartes nach den Klassenkämpfen 1846-49, insbesondere der Juni-Revolution)

- die Parzellenbauern (nicht revolutionär, keine eigene Klasse, keine nationale Verbindung)
- die Zerklüftung der Bourgeoisie in verschiedene Sektionen und Parteien
- die Niederlage der Arbeiterklasse (und in deren Folge die des Kleinbürgertums).

Engels führt dazu aus

(in: Einleitung zu Der Bürgerkrieg in Frankreich):

"Konnte das Proletariat (nach 1848) noch nicht Frankreich regieren, so konnte die Bourgeoisie es schon nicht mehr. Wenigstens damals nicht, wo sie der Mehrzahl nach noch monarchistisch gesinnt und in drei dynastische Parteien und eine vierte republikanische gespalten war. Ihre inneren Zänkereien erlaubten dem Abenteurer Louis Bonaparte, alle Machtposten - Armee, Polizei, Verwaltungsmaschinerie - in Besitz zu nehmen und am 2. Dezember 1851 die letzte feste Burg der Bourgeoisie, die Nationalversammlung, zu sprengen."

Marx/Engels sehen den Bonapartismus als "Vernichtung der politischen Herrschaft" der Bourgeoisie, um ihre "soziale Herrschaft" zu retten:

"Als Kaiser machte er nicht nur die Politik dem kapitalistischen Erwerb und dem Börsenschwindel dienstbar, sondern betrieb auch die Politik ganz nach den Grundsätzen der Fondsbörse und spekulierte auf das 'Nationalitätsprinzip'.

Die eigentümliche Partei Bonapartes, die "Gesellschaft des 10. Dezember", bestand aus Deklassierten aller Klassen. Insofern war sie zwar eine Aufhebung der Klassenmerkmale (- Hitlers 'Volksgemeinschaft'), aber verbleibt im Rahmen des bürgerlichen Klassenprinzips.

(Der "Dieb" hebt nicht "das Eigentum" auf, sondern nur das der anderen, um es für sich, also individuelle 'herzustellen')

Diese Deklassierten sind also "Fleisch vom Fleisch" der Bourgeoisie, heben zwar ihre politische Herrschaft auf, lassen aber ihre soziale Herrschaft unangetastet.

Ökonomisch haben diese deklassierten Elemente einen natürlichen Drang, sich in der Regierungsmaschinerie und in der bonapartistischen Partei eine Existenzquelle zu sichern; daher das ungeheure Anschwellen des verselbständigten Exekutivapparates.

Marx bezeichnet den "Bonapartismus" als "schließliche Form" der bürgerlichen Staatsmacht:

"Das Kaisertum mit dem Staatsstreich als geburtsschein, dem allgemeinen Stimmrecht als beglaubigung und dem Säbel als Zepter, gab vor, sich auf die Bauern zu stützen; auf jene große Masse der Produzenten, die nicht unmittelbar in den Kampf zwischen Kapital und Arbeit verwickelt waren. Es gab vor, die Arbeiterklasse zu retten, indem es den Parlamentarismus brach und mit ihm die unverhüllte Unterwürfigkeit der Regierung unter die besitzenden Klassen. Es gab vor, die besitzenden Klassen zu retten durch Aufrechterhaltung ihrer ökonomischen Hoheit über die Arbeiterklasse; und schließlich gab es vor, alle Klassen zu vereinigen durch die Wiederbelebung des Trugbildes des nationalen Ruhms. In Wirklichkeit war es die einzige Regierungsform zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren, und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte. (...) Der Imperialismus ist die prostituierteste und zugleich die schließliche Form jener Staatsmacht, die von der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft ins Leben gerufen war als Werkzeug ihrer eigenen Befreiung vom Feudalismus und die die vollentwickelte Bourgeoisiegesellschaft verwandelt hatte in ein Werkzeug zur Knechtung der Arbeit durch das Kapital."

(in: Der Bürgerkrieg in Frankreich)

Thalheimers Fazit:

"Der Bonapartismus ist die "schließliche" Form der bürgerlichen Staatsmacht, insofern er eine Form der offenen kapitalistischen Diktatur ist und insofern die offene kapitalistische Diktatur eintritt, wenn die bürgerliche Gesellschaft, eben am Rande des Grabes angelangt, tödlich bedroht war von der proletarischen Revolution. Dasselbe ist im Wesen des Faschismus: eine Form der offenen kapitalistischen Diktatur.

Hier ist die wichtigste anzubringende Korrektur. Sie besteht nur in einem kleinen Wörtchen. Statt zu sagen, der Faschismus ist die offene Diktatur der Bourgeoisie, ist zu sagen: er ist eine Form."

An Thalheimer angelehnt die Position der KPI in ihren Thesen zur Zweiten Parteikonferenz (März 1928):

"Der Faschismus stellt daher eine höhere kapitalistische Form der Staatsorganisation vor, einen Typus der Organisation, durch den der Staat sich enger verschmilzt mit den leitenden Gruppen des Kapitalismus und sich in den Produktionsprozeß einmischt, nachdem er die Kräfte konzentriert und zusammengeballt hat."

Thalheimer kritisiert als Mangel dieser Definition, daß neben dem sozialen Inhalt nicht die "besondere politische Form" benannt wird. Er stellt fest:

"Die Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland und in Italien hat wesentlich denselben ökonomischen und sozialen Inhalt; dagegen sind die Formen der

Staatsmacht, unter denen die eine und die andere sich vollzieht, verschieden. Die Form der Staatsmacht ist also bei der Begriffsbestimmung des Faschismus die spezifische Differenz, das Artmerkmal."

Wilhelm Reich, Massenpsychologie des Faschismus (1933)

1. Die Ideologie als materielle Gewalt

Grundlage für Reichs Überlegungen sind Zweifel an der (Vollständigkeit der) marxistischen Theorie:

"Der Faschismus, seinen objektiven Zielen und seinem Wesen nach der extremste Vertreter der politischen und wirtschaftlichen Reaktion, wird seit mehreren Jahren zu einer internationalen Erscheinung und überflügelt in vielen Ländern sichtbar und unleugbar die proletarisch-revolutionäre Bewegung."

"(...) die marxistische Politik hatte, um es kurz vorwegzunehmen, die Psychologie der Massen und die soziale Wirkung des Mystizismus in ihre Kalkulation und ihre politische Praxis nicht oder unrichtig einbezogen."

"(...), waren in der Massenbasis des Faschismus, im rebellierenden Kleinbürgertum, nicht nur die rückwärtstreibenden, sondern auch ganz energisch vorwärtstreibende Kräfte der Geschichte in Erscheinung getreten; dieser Widerspruch wurde übersehen, mehr, die ganze Frage der Rolle des Kleinbürgertums stand bis knapp vor der Machtergreifung durch Hitler überhaupt nicht im Vordergrund der Diskussion, und wenn hie und da, so einseitig, mechanistisch."

"Es ergab sich eine Schere zwischen der Entwicklung in der ökonomischen Basis, die nach links drängte, und der Entwicklung der Ideologie breiter Schichten, die nach rechts erfolgte."

2. Ökonomische und ideologische Struktur der Gesellschaft

"Es handelt sich gewiß um die Frage nach der Rolle der Ideologie und der gefühlsmäßigen Einstellung dieser Massen als geschichtlichen Faktors, um die **Rückwirkung der Ideologie auf die ökonomische Basis.**"

"(...) so fällt auf, daß die von uns errechneten Zahlen der ideologischen Schichtung ungefähr mit den Wahlziffern 1932 übereinstimmen: Kommunisten und Sozialdemokraten umfaßten zusammen zuletzt 12 bis 13 Millionen Stimmen, die NSDAP und die Deutschnationalen zusammen etwa 19 bis 20 Millionen. Das spricht dafür, daß praktisch-politisch nicht die wirtschaftliche, sondern die ideologische Schichtung entschieden hat. Dem Mittelstand kommt somit eine höhere Bedeutung zu, als ihm beigemessen war."

"Der Marxsche Satz, daß sich das Materielle (das Sein) im Menschenkopf in Ideelles (in Bewußtsein) umsetzt, und nicht ursprünglich umgekehrt, läßt zwei Fragen offen: erstens, **wie** das geschieht, was dabei "im Menschenkopfe" vorgeht, zweitens wie das so entstandene Bewußtsein (wir werden von nun an von psychischer Struktur sprechen) auf den ökonomischen Prozeß **zurückwirkt**. Diese Lücke füllt die **analytische Psychologie** aus, indem sie den Prozeß im menschlichen Seelenleben aufdeckt, der von den Seinsbedingungen bestimmt ist, und somit den subjektiven Faktor wirklich erfaßt."

"Da die psychischen Strukturen, die einer bestimmten historischen Situation entsprechen, in der frühen Kindheit in den Grundzügen formiert werden und einen weit konservativeren Charakter haben als die technischen Produktivkräfte, so ergibt

sich, daß mit der Zeit die psychischen Strukturen hinter der Entwicklung der Seinsverhältnisse, denen sie entsprangen und die sich rasch weiterentwickelten, zurückbleiben und mit den späteren Lebensformen in Konflikt geraten müssen. Das ist der Grundzug des Wesens der sogenannten **Tradition**, die wir aber dadurch noch nicht inhaltlich begreifen."

3. Die Fragestellung der Massenpsychologie

"(...) das irrationale, also der unmittelbaren sozialökonomischen Situation widersprechende Denken und Handeln der Massen ist selbst die Folge einer früheren, **älteren** sozialökonomischen Situation."

"(...) Die gleiche Fragestellung gilt natürlich auch für den Mittelständler. Daß er in der Krise gegen das "System" rebellierte, verstehen wir unmittelbar. Daß er aber, obwohl bereits ökonomisch proletarisiert, trotzdem das Absinken ins Proletariat fürchtet und extrem reaktionär wird, ist nicht unmittelbar sozialökonomisch zu verstehen. Auch er hat also einen Widerspruch in sich zwischen rebellierendem Fühlen und reaktionären Zielen und Inhalten."

4. Die gesellschaftliche Funktion der Sexualunterdrückung

Zu Freud:

"Die vierte hier wichtige Entdeckung war, daß die moralischen Instanzen im Menschen, weit entfernt davon, überirdischer Herkunft zu sein, sich zentral aus den Erziehungsmaßnahmen der Eltern und ihrer Vertreter in frühester Kindheit ableiten. (...) Die moralischen Instanzen, die selbst unbewußt sind, wirken sich beim Erwachsenen gegen die Erkenntnisse der Gesetze der Sexualität und des unbewußten Seelenlebens aus; sie unterstützen die **Sexualverdrängung** ("Sexualwiderstand") und erklären den Widerstand der Welt gegen die **Entdeckung der kindlichen Sexualität**."

"Die Verknüpfung der sozialökonomischen und der sexuellen Struktur der Gesellschaft und die ideologische Reproduktion der Gesellschaft erfolgen in den ersten vier bis fünf Lebensjahren und in der Familie. Die **Kirche** setzt diese Funktion später nur fort. So gewinnt der Klassenstaat sein ungeheures Interesse an der **Familie**: Sie ist seine Struktur- und Ideologiefabrik geworden.

(Heute wären die 'modernen' Familienserien im TV daraufhin zu untersuchen)

"Die Unterdrückung der grob materiellen Bedürfnisse erzielt ein anderes Resultat als die der sexuellen Bedürfnisse. Erste treibt zur Rebellion, die zweite jedoch verhindert dadurch, daß sie die sexuellen Ansprüche zur Verdrängung bringt, sie dem Bewußtsein entzieht und sich als moralische Abwehr innerlich verankert, den Vollzug der Auflehnung aus beiden Arten von Unterdrückung. Ja auch die Hemmung der Auflehnung ist unbewußt."

"Die Wirkung des Militarismus beruht massenpsychologisch im wesentlichen auf einem libidinären Mechanismus; die sexuelle Wirkung der Uniform, die erotisch aufreizende, weil rhythmisch vollendete Wirkung der Parademärsche, der exhibitionistische Charakter des militärischen Auftretens sind einer Hausgehilfin oder einer durchschnittlichen Angestellten bisher praktisch klarer geworden als unseren gebildetsten Politikern."

Reich geht im letzten Teil des Aufsatzes ausführlich auf '**Vater**'- und '**Führer**'-Rolle in Familie und Gesellschaft ein. Da wohl den meisten diese Standpunkte bekannt sein dürften, wird auf weitere Zitate zu diesem Komplex verzichtet.

G. Dimitroff, Arbeiterklasse gegen Faschismus (1935)

(G. Dimitroff: geb. 1882, gest. 1949, seit 1935 Generalsekretär der KI, Abgeordneter des obersten Sowjet, 1946 bulg. Ministerpräsident, 1948 Generalsekretär der bulgarischen KP,

hielt dies Referat 1935 auf dem VII. Weltkongreß der KI).

Zur Situation: Die Kommunistische Internationale (KI) analysiert als Hauptursache des Faschismus die Offensive ("breiter Angriff") des Kapitalismus auf dem Hintergrund einer verschärften allgemeinen Krise des Kapitalismus:

"Unter den Verhältnissen der hereingebrochenen überaus tiefen Wirtschaftskrise, der heftigen Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Revolutionierung der werktätigen Massen ist der Faschismus zum breiten Angriff übergegangen. Die herrschende Bourgeoisie sieht immer mehr ihre Rettung im Faschismus, um die schlimmsten Ausplünderungsmaßnahmen gegen die Werktätigen durchzuführen, um einen imperialistischen Raubkrieg, um den Überfall auf die Sowjetunion, die Versklavung und Aufteilung Chinas vorzubereiten und durch alle diese Maßnahmen die Revolution zu verhindern. Die imperialistischen Kreise suchen die *ganze* Last der Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. **Dazu brauchen sie den Faschismus.**"

Dimitroff zählt im folgenden zwei Hauptgründe auf, weshalb die Bourgeoisie den Faschismus "braucht":

- sie will die Neuaufteilung der Welt (koloniale Ausbeutung) auf dem Weg des **Krieges**
- sie will weltweiten **Revolutionen zuvorkommen**.

Nach wie vor wird die Errichtung des Faschismus in Italien und Deutschland als Zeichen der "Schwäche des Proletariats" ("sozialdemokratische Spaltungspolitik") wie auch als Zeichen der "Schwäche der Bourgeoisie" ("Angst vor der Revolution") eingeschätzt.

Diese Einschätzung basiert auf Stalins Ausführungen auf dem XVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der SU (Bolsch.):

"(...) darf man nicht nur als Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse und als Ergebnis des Verrats der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse betrachten, die dem Faschismus den Weg ebnete. Man muß ihn auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten, als ein Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen, (...)."

1. Der Klassencharakter des Faschismus

"Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das 13. Plenum des EKKI richtig charakterisiert hat, die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."

Entscheidend in der Auseinandersetzung mit anderen Theorien ist die Formulierung der 'Machtfrage':

"Der Faschismus ist nicht eine Form der Staatsmacht, die angeblich "über beiden Klassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie steht", wie das z.B. Otto Bauer behauptet hat. Das ist nicht das "aufständische Kleinbürgertum, das von der Staatsmaschine Besitz ergriffen hat", wie der englische Sozialist Brailsford erklärt. Nein, der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht und keine Macht

des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst."

Dimitroff betont hierbei m.E. richtig, was den Faschismus *vor allem* vom parlamentarischen System unterscheidet:

"Der Machtantritt des Faschismus ist *keine einfache Ersetzung* der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine *Ablösung* der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie - der bürgerlichen Demokratie - durch eine andere Form - durch die offen terroristische Diktatur. Die Ignorierung dieses Unterschiedes wäre ein ernster Fehler, der das revolutionäre Proletariat daran hindern würde, die breitesten Schichten der Werktätigen in Stadt und Land zum Kampf gegen die Gefahr einer Ergreifung der Macht durch die Faschisten zu mobilisieren sowie die Gegensätze auszunutzen, die im Lager der Bourgeoisie selbst vorhanden sind. (...)."

Wichtig sind auch Dimitroffs Überlegungen, daß der Faschismus nicht "über Nacht" an die Macht gelangt:

"(...), man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel vorstellen. (...) In Wirklichkeit gelangt der Faschismus gewöhnlich zur Macht im gegenseitigen, zuweilen scharfen Kampf mit den alten bürgerlichen Parteien oder einem bestimmten Teil dieser Parteien, im Kampf sogar innerhalb des faschistischen Lagers selbst, (...)."

Für den "Masseneinfluß" des Faschismus hat Dimitroff allerdings nur dessen "Demagogie" als Erklärung:

"Es gelingt dem Faschismus, die Massen zu gewinnen, weil er in demagogischer Weise an ihre brennendsten Nöte und Bedürfnisse appelliert. Der Faschismus entfacht nicht nur die in den Massen tief verwurzelten Vorurteile, sondern er spekuliert auch mit den besten Empfindungen der Massen, ihrem Gerechtigkeitsgefühl und mitunter sogar ihren revolutionären Traditionen."

2. Was bringt der siegreiche Faschismus den Massen ?

Ohne Zweifel beschreibt Dimitroff die Folgen des Faschismus für die Werktätigen zutreffend - weniger realistisch ist seine Einschätzung der Folgen für andere Bevölkerungsteile.

Aber auch die Beschreibung der Folgen für die *Werktätigen* beschreibt nur einen Teilausschnitt der Realität:

"In Wirklichkeit brachte er der Jugend Massenentlassungen aus den Betrieben, Arbeitsdienstlager und ununterbrochenen militärischen Drill für den Raubkrieg. (...) Der Faschismus versprach der ruinierten, verelendeten *Bauernschaft* die Beseitigung der Schuldknechtschaft, die Abschaffung der Pachtzahlungen und sogar die unentgeltliche Enteignung des grundherrlichen Bodens. In Wirklichkeit schafft er eine noch nie dagewesene Versklavung der werktätigen Bauernschaft durch die Trusts und den faschistischen Staatsapparat und steigert die Ausbeutung der Hauptmassen der Bauernschaft durch die Großagrarien, die Banken und die Wucherer aufs äußerste. (...)"

Es bleibt zu untersuchen, wieweit Dimitroffs Analyse der Folgen des Faschismus für die Mittelschichtler (Angestellte, kleine Beamten, Intellektuelle) und die Bauern nicht an der Realität vorbeigeht. Eine besondere Rolle bei seiner Analyse der Frage, warum der Faschismus an die Macht gelangen konnte, spielt die Einschätzung der Sozialdemokratie. Ihr wird die Hauptschuld an der "Spaltung der Arbeiterklasse" zugewiesen:

"Der Faschismus konnte *vor allem* deshalb zur Macht kommen, weil die Arbeiterklasse durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, *gespalten* war, politisch und organisatorisch gegenüber der angreifenden Bourgeoisie entwaffnet war. Die kommunistischen Parteien aber waren *nicht stark genug*, um ohne und gegen die Sozialdemokratie die Massen auf die Beine zu bringen und sie in den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu führen."

Daß Dimitroff die Fehler der Kommunisten weitgehend *nicht* erfaßt, wird vor allem bei seinen Überlegungen zu den "Bundesgenossen" der Arbeiter deutlich:

" (...) der Faschismus siegte auch, weil das Proletariat isoliert war von seinen natürlichen Bundesgenossen. Der Faschismus siegte, weil es ihm gelang, die *großen Massen der Bauernschaft* mit sich zu reißen, dank der Tatsache, daß die Sozialdemokratie im Namen der Arbeiterklasse im Grunde genommen eine bauernfeindliche Politik betrieb. (...) Die Sozialdemokratie in Deutschland hat die Gutsbesitzer nicht angetastet. Sie arbeitete den Streiks der Landarbeiter entgegen, und die Folge davon war, daß die Landarbeiter in Deutschland noch lange vor dem Machtantritt Hitlers die reformistischen Gewerkschaften verließen und in den meisten Fällen zum "Stahlhelm" und den Nationalsozialisten übergingen."

Im folgenden kritisiert Dimitroff allerdings auch Fehler der KI, etwa:

- Unterschätzung der faschistischen Gefahr
- Überrumpfung der Kommunisten durch den faschistischen Umsturz (z.B. Bulgarien u. Polen)
- Unterschätzung der nationalen Gefühle (Versailler Friedensvertrag) der Massen
- mangelnde Entfaltung des Massenkampfes (Sektierertum)

Im weiteren entwickelt Dimitroff, wie der Machtantritt des Faschismus zu verhindern wäre.

3. Die Bedeutung der der Einheitsfront:

Anzustreben sind in erster Linie "gemeinsame Aktionen der Anhänger der Parteien und Organisationen der zwei Internationalen - der Kommunistischen Internationale und der II. Internationale - (...)"

Als weitere Verbündete sieht Dimitroff die "unterdrückten Völker der Kolonien und Halbkolonien."

Und dritter Verbündeter sei die "ständig wachsende Macht des proletarischen Staates, des Landes des Sozialismus, der Sowjetunion, (...)"

Die Position der Einheitsfront war aber noch keine wirkliche Korrektur früherer sektiererischer Politik. Dimitroff formuliert als "Bedingung" der Einheitsfront:

"Die Kommunistische Internationale stellt für die Aktionseinheit keinerlei Bedingungen, mit Ausnahme einer einzigen, elementaren, für alle Arbeiter annehmbaren Bedingung, und zwar, daß die Aktionseinheit sich gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind richtet. Das ist unsere Bedingung."

Bei genauem Hinsehen wird hier deutlich, daß die Einheitsfront in relativ weitem Maß eingeschränkt war.



*Aus: Das DAIMLER -BENZ BUCH. Ein Rüstungskonzern im "Tausendjährigen Reich",
Hrsg. Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. (1987)*

OFFENER KRIEG IN KURDISTAN

Mit einem 35.000-Mann-Heer ist die türkische Armee am 20. März, dem Tag vor dem Newrozfest, in Südkurdistan (Nordirak) eingefallen. Nach etwa drei Wochen hat man die ersten 5.000 Soldaten wieder nach Hause geschickt, weil man sie nicht mehr brauchte. Bis Ende Mai soll laut Ankündigung der türkischen Regierung von Mitte April die Operation beendet sein. Die Militärs haben dem jedoch tags darauf widersprochen, und Präsident Demirel hat im Gespräch mit dem deutschen Außenminister Klaus Kinkel erklärt, daß die Operation auch ein Jahr dauern könne.



Der türkische Oberbefehlshaber in Südkurdistan heißt nicht nur Kundakçi Paşa, er ist auch ein Kundakçi (Mordbrenner)

(Foto aus: *Emegün Sesi* vom 10.4.95)

"Begleitmusik" zum Irak-Einmarsch

Der Feldzug wurde mit großem Tamtam in die Weltöffentlichkeit getragen. Auch das deutsche Publikum durfte davon Notiz nehmen, und wer sich auskennt, erkannte auf den auch auf hiesigen Kanälen übertragenen Fernsehaufnahmen Schützenpanzer deutscher Herkunft wieder. Es sei denn, er hieß Klaus Kinkel, der dergleichen absolut nicht wahrzunehmen vermochte. (Aber das ist man bei ihm ja schon gewöhnt.)

Es ist nicht der erste Einmarsch türkischer Armee-Einheiten in den Irak, aber es ist der bisher umfangreichste, ja es ist die größte Militäroperation seit Bestehen der Republik Türkei,

größer als die der Invasion von Zypern 1974. Daß es sich um einen Krieg handelt, wird nicht mehr verschwiegen. Vielmehr ist dieser Krieg zugleich ein umfassender nationalistischer Propagandafeldzug gegen das kurdische Volk, in dem im Rahmen einer großen Spendenkampagne "Mehmetcik ile el ele!" (= Hand in Hand mit dem Landser), die bereits nach einem Monat 0,75 Trillionen Türkische Lira (derzeitiger Kurs: 30.000 TL = 1 DM) erbrachte, vor allem die Faschisten der Partei der nationalen Bewegung (MHP) das Wort schwingen und ihre Tiraden über die "Einheit von Volk und Armee" über den staatlichen Fernsehsender TRT verbreiten. Wieder einmal soll

dabei eine großangelegte Hölle gegen alles Kurdische zur moralischen Aufrüstung für diesen Feldzug mobilisieren.

So wie die Kriegsführung im Spezialkrieg auf türkischem Boden nach Plänen abläuft, wie sie die Counterinsurgency-Strategen in den USA erdacht haben und wie sie im Gladio-Programm der NATO vorgesehen sind, läuft auch dieses große "Manöver" nach NATO-Plänen ab.

Die USA sind offiziell für diesen Krieg, Deutschland offiziell dagegen.

Angebliches Kriegsziel und Art der Kriegsführung

Angeblich geht es darum, die letzten Reste der ARGK (PKK-

Guerilla) zu vernichten, die sich dorthin zurückgezogen habe. Im Fernsehen werden denn auch mit Vorliebe Soldaten gezeigt, die Berghänge auf der Suche nach "Terroristen" durchstöbern. Aber die laute Propaganda vor Beginn des Einmarsches hat, falls sich PKK-Guerilla in dem Gebiet aufgehalten haben sollte, dieser rechtzeitig signalisiert, was auf sie zukäme, wenn sie dort bliebe.

In Wirklichkeit soll wohl eher gegenüber Nachbarländern, die von der Republik Türkei als feindlich betrachtet werden (Griechenland, Armenien), demonstriert werden, daß die Republik Türkei, auch wenn sie wirtschaftlich ein Zwerg sein mag, militärisch ein Riese ist.

Eine wichtige Rolle spielen mal wieder Bombardements von Siedlungen. An Bord der mit AWACS ausgerüsteten Bomber, mit denen kurdische Ortschaften im offiziellen UNO-Kurdenschutzgebiet angegriffen werden, befindet sich jeweils ein amerikanischer Offizier; dieser spielt die Rolle eines "Försters" im "Wildgehege" Kurdistan. Er bestimmt an Hand des "großen Auges der AWACS-Aufklärung", was bombardiert oder verbrannt werden soll und was nicht. Die türkischen Bodentruppen zählen hinterher das zur Strecke gebrachte Wild der "Terroristen": Mütter mit kleinen Kindern, alte Menschen, gelegentlich auch mal einen erwachsenen Mann, der Schafe gehütet hat. Manch eine Ortschaft ist schon zu wiederholten Malen zerstört, wiederaufgebaut und erneut zerstört worden, mal von Saddam Husseins Truppen, mal von denen der Republik Türkei.

Es geht in der Tat zu wie in einem Wildgehege. Die "Heger" entscheiden, was zu viel im Gehege ist; andernfalls würden alle verhungern. Denn der Hunger im Gehege ist allgemein.

Dank der von den USA diktierten Boykottpolitik gegen den Irak, unter dem vor allem die Kurden im Nordirak leiden, denn sie sind zusätzlich einem Binnenboykott seitens des irakischen Regimes ausgesetzt, da sie unter dem "Schutz" der UNO-Truppen - konkret sind das nur noch Truppen der USA - stehen. Diese Art von "Hege" ist eine selbstgestellte Schutz Aufgabe, seit die irakischen Kurdenclans sich vor gut 4 Jahren von US-Präsident George Bush animieren ließen, dem von der "Operation Wüstensturm" bedrohten Irak im Norden Schwierigkeiten zu machen und das Bagdader Regime mit zu erwartender Brutalität zurückschlug und über eine Million kurdische Menschen über die Grenzen in die Türkei und in den Iran trieb, ohne daß ihnen der Große Bruder aus

jeweilige Peschmerga seit geraumer Zeit in einen Bürgerkrieg miteinander verwickelt sind und das gehegte Modell "autonome irakische Republik Kurdistan" damit zuschanden zu machen drohen. Das so zusätzlich geschaffene Machtvakuum lud die türkische Armee zum lange vorbereiteten Eingreifen geradezu ein, so wie es auch Saddams Armee ermunterte, Anfang März die Städte Shorish, Chemchamal, Kifri (südwestlich von Suleimaniya) und den zu Arbil gehörigen Bezirk Ankawa unter Artilleriebeschuß zu nehmen.

Vorspiel auf der Suche nach Mitspielern

Noch im Januar war ein Vertreter des US-Außenministeriums (David Ieed) nach Südkurdistan gereist, um mit einem weiteren



dem Weißen Haus zu Hilfe gekommen wäre.

Die "Heger" in Südkurdistan haben bei ihrem Werk ungewollte, aber um so eifrigere Helfer gefunden: in den besagten - miteinander befeindeten - Familienklüngeln von KDP (Barzani) und PUK (Talabani), deren

Höherhängen des Brotkorbes zu drohen, falls KDP und PUK nicht ihren Zwist aufgaben und zugleich folgende Bedingungen erfüllten: Wiederaufnahme der gemeinsamen Tätigkeit für die 1992 ins Leben gerufene Dachorganisation Iraqui National Congress (INC) zum Aufbau

eines den USA wohlgefälligen Irak, in den dieser Teil Kurdistans einzugliedern sei, Abbruch der den USA unerwünschten Kontakte zum Iran (an die Adresse Barzanis gerichtet), Abbruch der Kontakte zur PKK, da deren Bestreben eines vereinigten Kurdistan (in Form von autonomen kurdischen Gebieten in allen Staaten, die einen Teil Kurdistans besetzt halten) im Widerspruch zur von der Bush-Administration verkündeten und von der Clinton-Administration übernommenen neuen Weltordnung steht. Sie gilt für die USA als "no legitimate player" (= kein legitimer Mitspieler bei dem Spiel um die Machtaufteilung), wie es der US-Unterhändler Ieed ausdrückte: "The PKK is a terrorist organization and must be repudiated and dealt with as such" (= Die PKK ist eine terroristische Organisation und muß ausgestoßen und als solche behandelt werden). Er hatte mit seinem "Vorschlag" den gewünschten Erfolg, traute seinen "Partnern" aber zumindest in letzterem Punkt nicht die von den USA geforderte Konsequenz zu und wies sie vorsichtshalber auf schwere Konsequenzen hin, falls sie "dem Pfad der Vernunft und politischen Kooperation zu folgen" nicht bereit seien. (Alle Zitate nach dem Bericht dieses Unterhändlers vom 8.2.1995 an die US-Regierung. Nicht nur das Vokabular erinnert an entsprechende, vom Grundsatz "teile und herrsche" geprägte Verhandlungen der Yankee-Armee mit Indianerhäuptlingen im vorigen Jahrhundert, wenn diese nicht in die Einweisung ihrer Völker in bestimmte ihnen als Reservate - d.h. große Zoos - zugedachte Gebiete einwilligten.) Und so sind denn sowohl der irakische Angriff als auch der türkische Einmarsch in Südkurdistan einkalkuliert.

Inoffizieller Krieg in Nordkurdistan

Der offizielle Krieg im Nordirak wird begleitet von einem gesteigerten inoffiziellen Krieg in Nordkurdistan (Südosttürkei), wo ein weitaus stärkeres Heer dabei ist, große Teile des Landes systematisch auf lange Zeit unbewohnbar zu machen.

Es handelt sich nicht zuletzt um Gebiete, in denen einmal die 24 Stauseen und Kraftwerke sowie die Agrarfabriken der Wüste Harran liegen sollen, wenn das schon unter Demirel 1978 geplante, nach dem Militärputsch vom 12.9.1980 begonnene, auf einer Fläche von der Größe der Benelux-Staaten entworfene ehrgeizige Güneydogu Anadolu Projesi (GAP) erst einmal zu Ende gebaut sein wird. Aber vorerst sind vor allem die Bergdörfer und die Fauna und Flora der Gebirge Ziele der Vernichtung.

Von diesem Krieg, dessen Auswüchse in Dersim noch in der zweiten Jahreshälfte 1994 zu einem weltweiten Aufschrei der Entrüstung geführt hatten, erfährt man heute in den Medien so gut wie nichts mehr. Es handelt sich um eine militärisch abgeriegelte Zone des Schutzes vor journalistischer Neugier (in der bekanntlich schon fast zwei Dutzend solcher "Schädlinge" ihr Leben lassen mußten). Und wenn doch einmal einige unerwünschte Gäste aus Deutschland dort ihr Unwesen treiben - wie die Gruppe aus Bremen in Cizre -, werden sie sogleich der PKK-Unterstützung geziehen und ihnen alles Filmmaterial abgenommen. Die deutsche Botschaft darf sich um ihre Heimsendung bemühen, und man gibt ihnen mit auf den Weg zum Flugzeug noch den "guten Rat", nie wiederzukommen, denn ihnen könnte auch Schlimmeres widerfahren. Wer wüßte es nicht?

Allein 20.000 Soldaten befinden sich erneut in der Provinz Tunceli (Dersim) im Einsatz. Sie produzieren ein steigendes Heer von Flüchtlingen, die überall im Lande umherirren und betteln müssen, um zu überleben, denn ihre Habe ist mit ihrer Bleibe dahin, und Arbeitsplätze hat man für sie nicht.

Ein kleiner Teil der zur Zeit (laut Auskunft des Vorbereitungs Komitees für das kurdische Exilparlament in Den Haag) etwa 12 Millionen Exilkurden (die durch Zwangsumsiedlung und Vertreibung gezwungen worden sind, außerhalb Kurdistans zu leben) kommt auch zu Verwandten nach Deutschland und hat das Potential der kurdischen Minderheit hier in den letzten beiden Jahren von 400.000 auf nahezu 600.000 anwachsen lassen. Oft sind sie für die PKK und die Waffenfähigen unter ihnen werden ihr, falls sie in die Türkei abgeschoben und dort nicht sofort von den türkischen Behörden kassiert werden, regelrecht zugetrieben. (Das Regime Saddams hatte sich seinerzeit des Problems eines so heranwachsenden Widerstandes dadurch entledigt, daß es in bestimmten Gebieten gezielt alle männlichen Personen ab einem bestimmten Alter verschleppt, anschließend erschossen und in Massengräbern verscharrt hat. Das türkische Regime hat bereits die Taktik der Massenverbrennung von Dörfern von diesem Vorbild übernommen und auch ganze Wälder in Flammen aufgehen lassen, wenn darin Widerstandsgruppen vermutet wurden.)

Die Außenbezirke der großen türkischen Städte verwandeln sich angesichts dieses Millionenheers von Flüchtlingen in riesige Anhäufungen von Slums, sogenannten "über Nacht erbauten Hütten" (gecekondular), in denen es kein Licht, keine

Heizung, kein Wasser und keine Sanitäranlagen gibt. Trinkwasser wird einmal am Tag mit Tanklastzügen vorbeigebracht, um zu verhindern, daß die Menschen die Abwässer trinken und so erneut die Cholera - wie vor einem Jahr - um sich greift und eventuell auf die Stadtzentren überschwappt. Bei Regen verwandeln sich die hügeligen Gecekondular-Viertel oft in riesige Kloaken, in denen das bräunliche Wasser die Exkremente aus den überquellenden Scheißgruben talwärts führt.

Der heraufziehende Krieg in den Städten

Vielfach erfahren die vom Land in die Städte geflüchteten Menschen aus Kurdistan (es sind nicht nur Kurden, sondern z.B. auch assyrische Christen) erst dort, daß ihr Schicksal kein zufälliges Einzelschicksal dieses oder jenes Dorfes darstellt, sondern das Ergebnis eines systematischen Vernichtungskrieges gegen ein ganzes Volk ist. Erst im Kontakt mit Menschen, denen ganz woanders das Gleiche widerfahren ist, die dort - auf sich gestellt - zu Hunderttausenden zusammenkommen, werden diese richtig rebellisch, unregierbar. Sie sind abgeschoben im eigenen Land. Ein Beispiel für mehrere, das erst kürzlich für Schlagzeilen gesorgt hat, ist der Aufruhr im Istanbul Stadtteil Gazi. Dieser Stadtteil hat sich im Laufe der Jahre etwas aus seinem ursprünglichen Gecekondular-Dasein gelöst, denn seine Bewohner haben teilweise in nahegelegenen Fabriken Arbeit gefunden. Die Häuser sind dort bereits zweistöckig und unterkellert, es gibt Versorgungsleitungen und kleine Läden, Bäckereien und Teestuben, in denen man miteinander ins Gespräch kommen kann. Die Menschen sind meist von der islamischen Konfession der

Alewiten geprägt, bei denen trotz Herleitung von dem ebenso wie sein Onkel und Schwiegervater Mohammed sehr kriegerischen Ali (symbolisiert durch dessen Schwert Zulfikar) demokratisch-antifaschistische Traditionen gepflegt werden und auch den Frauen mehr Rechte eingeräumt werden als bei den Sunniten. Alewiten knien auch nicht fünfmal am Tag öffentlich zum Gebet nieder; dafür ist ihr Zusammenhalt untereinander stärker. Diese Konfession ist gerade in Nordkurdistan sehr verbreitet und gelangt so durch den Krieg auch in die Großstädte der Westtürkei.

Der politische Widerstand hat sich allerdings unabhängig von religiösen Denkschemata entwickelt - und alewitische Prediger stehen mit ihrer Mahnung zu Ruhe und Nachgiebigkeit oft allein da. Polizei ist in Gazi - wie in den meisten vorwiegend von kurdischer Bevölkerung bewohnten Vierteln der türkischen Großstädte - nicht gern gesehen, wird aber geduldet, solange sie sich friedlich verhält. (Wer sich zu seiner kurdischen Identität bekennt, kann nicht Polizist werden.) Am 12. März fuhr in der Nähe des Gaziosmanpaschaplatzes (wo vor drei Jahren die erste

offiziell geduldete 1.-Mai-Kundgebung seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 stattgefunden hatte) ein Taxi vor. In ihm saß ein vierköpfiges faschistisches Terrorkommando, ausgerüstet mit Maschinenpistolen. Man wußte genau, was zu tun war. Sechs Lokale und eine Bäckerei, deren Inhaber als demokratisch bekannt sind, wurden der Reihe nach mit der MP durchsiebt; man hinterließ Scherben und Kleinholz und viele - teilweise schwer - Verwundete. Ein 70jähriger Mann, ein alewitischer Dede, war tot. Die ganze Aktion spielte sich in aller Gemütsruhe ab und dauerte über

ANZEIGE

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan-Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

- berichtet
- aus Kurdistan
 - über die Solidaritätsbewegung
 - von den Kurdenkongressen
 - Dokumente
 - u.v.a.

mindestens 8 Seiten
26mal im Jahr
Jahresabonnement 52,- DM
Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Walterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:
GNN-Verlag
Zölpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

Oberweisungen an:
BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgrosamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des Kurdistan-Rundbrief

.....
.....
.....

Anschreiben & schicken an:
GNN-Verlag,
Zölpicher Str.7,
50674 Köln

eine Viertelstunde, ehe die Täter davonfuhren. Zwei Straßenzüge weiter verließen sie das Taxi, setzten es in Brand und fuhren mit einem bereitgestellten PKW davon. Aus dem Kofferraum des brennenden Wagens wurde der Taxifahrer befreit, mit durchschnittener Kehle; er starb auf dem Transport ins Krankenhaus.

Es war nicht der erste Vorfall dieser Art, aber wohl der dreiste. Er spielte sich vor den Augen der Polizei ab, die mit einem Streifenwagen anwesend war, aber die Täter gewähren ließ, und diese fuhren nach getaner "Arbeit" auch noch an einer Polizeistation wenige Meter weiter vorbei, ohne daß auch nur der Versuch gemacht wurde, sie zu stoppen oder in die Reifen des Taxis zu schießen. Niemand nahm ihre Verfolgung auf. Auch an den Tatorten ließ sich die Polizei nicht blicken, so daß schließlich nach eineinhalb Stunden eine große Ansammlung empörter Menschen (rund 10.000 sollen es gewesen sein) vor die Polizeistation zog und nachdrücklich verlangte, die Täter zu verfolgen. Angesichts der ihnen entgegenschlagenden feindlichen Stimmung bekamen es die Polizisten mit der Angst zu tun und ließen über den Vali (= Gouverneur) von Istanbul, Hayri Kozakçıoğlu, Militär anfordern; dabei erfuhren sie, daß dies nicht möglich sei, da zwei Drittel der in Istanbul stationierten Militärkräfte in den Osten der Türkei verlegt worden seien. In ihrer Verzweiflung griffen sie zur Waffe und schossen wild in die Menge. Mindestens 15 weitere Menschen starben, die Zahl der Verletzten war weitaus höher.

Die Nachricht von diesem Vorfall verbreitete sich wie ein Lauffeuer und brachte auch die Menschen in Nachbarstadtteilen in Rage. Bei Demonstrationen

an den folgenden Tagen zeigte man vor den massiert aufgefahrenen Waffen der Polizei wenig Respekt, besprühte die Sichtluken der Panzerkampfwagen (deutsche Wertarbeit) mit Farbe und zerstörte die Spritzvorrichtungen von Wasserwerfern. Allein in Istanbuler Vororten starben mindestens weitere 25 Menschen durch Polizeikugeln. Der Aufruhr griff auch auf andere Großstädte einschließlich Ankara über. Eine wichtige Rolle spielen dabei gewerkschaftliche Massenorganisationen.

In der Öffentlichkeit wurde der Eindruck erweckt, als handle es sich um eine religiöse Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Alewiten, eine Version, die auch von den deutschen Medien übernommen wurde.

Im Großen Nationalrat der Türkei (TBMM) zu Ankara, der inzwischen von den kurdischen Abgeordneten "gesäubert" ist, beriet man in einer Sondersitzung über den Ernst der Lage. In der Debatte wurde der Aufruhr als Werk ausländischer Geheimdienste (des griechischen, britischen, israelischen und möglicherweise sogar iranischen Geheimdienstes) dargestellt. Der Vorschlag, Militär in die Aufruhrgebiete zu entsenden, mußte verworfen werden, da dieses größtenteils an der Kurdistanfront im Kriegseinsatz ist.

Dieser Ausbruch des Massenzorns hat noch eine - allgemeinere - Ursache: die ständig zunehmende Verelendung der gesamten Bevölkerung, und das betrifft auch die Soldaten. Zwar sind besonders nationalistisch gesinnte Jugendliche, die unter dem Einfluß faschistischer Jugendorganisationen stehen, gern beim Militär, der größte Teil der Soldaten jedoch ist gezwungenermaßen in der Armee; man ist sich bewußt, daß es eine Kriegersarmee ist, in der man

jederzeit den Tod finden kann, und daß der Krieg ungerecht ist. (Groß ist das Kontingent derer, die sich der Armee entziehen und entweder in der Türkei untertauchen oder ins Ausland fliehen.

Der Kern des Krieges

Und damit kommen wir zum Kern dieses Krieges:

Der türkische Staat ist hoch verschuldet. Von seinem "Wirtschaftswunder" nach dem Zweiten Weltkrieg (wo dort unter anderem der ehemalige Wirtschaftsminister des Nazireiches, Hjalmar Schacht, als Berater den Wert des deutschen Nachkriegsmodells der "sozialen Marktwirtschaft" anpries) ist nicht mehr viel geblieben. Die Verelendung der türkischen Bevölkerung ist mit dem Golfkrieg der USA und ihrer Alliierten gegen den Irak ins Bodenlose gestiegen. Die türkische Lira befindet sich in galoppierender Inflation. Die Löhne halten damit absolut nicht Schritt. Um den Bedarf seiner Familie decken zu können, muß ein Arbeiter in der Türkei heute 16 Stunden am Tag (an zwei Arbeitsplätzen) arbeiten. Seit dem Golfkrieg und dem Boykott gegen den Irak ist für die Türkei die Versorgung mit Erdöl weitgehend lahmgelegt. Sich des irakischen ("kurdisch autonomen") Erdölgebietes einfach zu bemächtigen, ist dem Regime bisher untersagt. Es benutzte zwar verschiedentlich den "Kampf gegen den Terrorismus" als Vorwand, um auf irakisches Territorium vorzudringen, wurde bisher aber stets zurückgepfiffen, weil seine Kommandos unter der dortigen Bevölkerung Angst und Schrecken hervorgerufen hatten, was die Lage dort noch verschärfte und die Fronten zwischen den "Mitspielern" noch unübersichtlicher zu machen drohte. So ist es auch diesmal, wie sich aus der

Ankündigung des Rückzugs schließen läßt. Zurückgepfiffen von den Gläubigern der Republik Türkei.

Diese sitzen vor allem in New York und Frankfurt am Main. Es sind die großen Banken, das Finanzkapital, für das dieser Krieg ein Spekulationsobjekt bildet. Es bringt seinen Willen durch die amerikanische bzw. deutsche Regierung zum Ausdruck, ob nun die USA den Feldzug ausdrücklich unterstützen oder der deutsche Außenminister zwar die Notwendigkeit des Krieges akzeptiert, aber um einen "humanen Krieg" (was immer das sein soll) bittet. Diese Regierungen haben das türkische Regime seit Jahren ausgehalten und mit Waffen versorgt. Ja, die Türkei soll sogar in die Europäische Zollunion aufgenommen werden - was ihr weitere Milliardenkredite ermöglichen wird.

Die Waffen aus Deutschland wurden dem Regime großenteils einfach geschenkt, in der Hoffnung, der türkische Staat werde damit seine Probleme in den Griff kriegen, d.h. in die Lage versetzt, seine Schulden gegenüber dem Finanzkapital abzahlen. Stattdessen sind sie nur noch gewachsen. Bezahlt hat diese Politik des deutschen Staates der in Deutschland beschäftigte Steuerzahler, ob nun deutscher, türkischer oder kurdischer Nationalität. Natürlich darf ein Kinkel nirgendwo deutsche Waffen im Kriegseinsatz entdecken, denn das hieße ja zuzugeben, daß Deutschland am Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk teilnimmt, nur noch nicht mit eigenen Soldaten.

Perspektive des Krieges

Trotz aller Kraftanstrengung ist der türkische Staat nach wie vor weit davon entfernt, die

kurdische Frage zu lösen (was auch immer darunter zu verstehen sein mag). Er vergrößert nur noch das Elend auch der türkischen Massen, je länger der Krieg dauert. Dieser ist nicht zu gewinnen; sonst wäre er längst zu Ende. Unter der Hand bereitet sich da eine neue Alternative vor. Die Gläubigerstaaten erinnern das türkische Regime daran, daß Kemal Atatürk im Vertrag zu Lausanne 1923 die Einrichtung einer kurdischen Autonomie zugesagt hatte. Ein Versprechen, das bis heute nicht erfüllt ist. Auch die Neue-Demokratie-Bewegung (Yeni Demokrasi Hareketi), die von dem Kapitalisten Cem Boyner ausgehalten wird, unterstützt das. Sie ist im Augenblick innenpolitisch "en vogue". Die Neue-Demokratie-Bewegung vom 21.10.1993 (ein Vorlaufversuch trägt den Titel "Neue Welt, Neue Türkei, Neue Demokratie") gewinnt zur Zeit in den großen Städten massenhaft Zulauf, sie wirkt wie ein neues "Opium für das Volk". Sie hat sich zum Ziel gesetzt, "die bis heute die Politik und Bevölkerung trennenden Polarisierungen (...) im Rahmen einer Erneuerungspolitik (zu) überschreiten und die überwindenden Elemente zusammen(zu)bringen." Sie "verteidigt einen freien Zustand, die zivile Bevölkerung, den hohen Wert des Rechts, eine Beteiligungsdemokratie, politische Tugend, eine liberale Konkurrenz-Ökonomie, soziale Gerechtigkeit und ausdauernden Widerstand" und will sich durch Vorschläge und Übernahme von Aufgaben "aktiv in die Politik einmischen." Zur Herstellung von "Frieden und Ruhe" solle "die Kurdenfrage nicht einseitig zu lösen versucht, sondern im Dialog mit den Kurden gemeinsam gelöst werden." Auch "die gefährlichen Spannungen von politischen islamistischen Strömungen und

Religionsunterschieden (sollen) durch eine Glaubens- und Glaubensausübungs-Freiheit (überwunden werden)."

Dieses sicherlich viele zu unterstützende Elemente enthaltende Programm ähnelt der Volksgemeinschaftsideologie eines Ludwig Erhard und zielt darauf, die durch den sozialen Aufruhr - den Krieg in den Städten - gefährdeten privatkapitalistischen Besitzverhältnisse unangetastet zu lassen. Die Privatisierungswelle in der Türkei soll nicht gebrochen, sondern sozial abgefedert werden. Die "Überparteilichkeit" enthält Elemente der Moralischen Aufrüstung (Moral Rearmement), die Ende der 50er Jahre von den USA nach Europa importiert wurde und hier eine Art säkularisierter Täuferbewegung ins Leben rief. In der Türkei fördert sie zur Zeit das Bewußtsein von der Notwendigkeit, den Krieg zu beenden, wird aber die Klassenwidersprüche nicht beseitigen. Auch der Führer der PKK, Abdullah Öcalan, hat sich seit längerem zu der Bereitschaft hinbomben lassen, bei einer solchen Perspektive mitzuwirken. Wirklich sozialistisch ist die PKK ohnehin nie gewesen. Die "Arbeiterpartei Kurdistans" hat sich z.B. nie an Arbeiterkämpfen beteiligt. Der massenhafte Zulauf von Menschen, die lieber heute als morgen mit der Waffe in der Hand gegen den türkischen Staat kämpfen wollen, hat das Ausbildungsprogramm, wonach vor jeder militärischen Ausbildung erst eine mehrmonatige politische Schulung stattfinden soll, schon längst ad absurdum geführt. Erarbeitet wurden lediglich Theorien des Guerillakrieges von Mao Tse-tung bis Carlos Marighela. Öcalan könnte die Rolle eines kurdischen Yasir Arafat spielen, fragt sich nur, wie hoch der Preis ist.

Zur Haltung der deutschen Regierung

So stehen zur Zeit die Aktien. Die Vorbereitung einer großen Abschiebewelle kurdischer Flüchtlinge aus Deutschland ist nichts anderes als eine weitere Maßnahme zur Unterstützung des türkischen Regimes in seinem Krieg gegen das kurdische Volk, das auch damit zum Verzicht auf sein Selbstbestimmungsrecht gepreßt werden soll. Indem man diese Menschen aus "Rücksicht" auf die Lage im "Ausnahmestandsgebiet Südosten" in die Westtürkei abschiebt, kommt man (selbst wenn sie dort nicht gefoltert oder umgebracht werden sollten) dem Regime entgegen, da es seine Politik der Vertreibung

kurdischer Menschen aus Kurdistan mit der Mär von der "innerstaatlichen Fluchtalternative" unterstützt. So wird der Anspruch des kurdischen Volkes auf Autonomie gezielt untergraben. Diese Politik kann allerdings "ins Auge gehen", weil - wie beschrieben - der Aufruhr auch im Westen des Landes zunimmt.

Während öffentlich so getan wird, als ob "die Kurden" eine Bedrohung für "die Türken" seien, wird zur Zeit seitens türkischer Nationalisten gezielt darauf hingearbeitet, das Verhältnis zwischen Türken und Kurden auch in Deutschland zu vergiften. Noch leben in den türkischen Vierteln in deutschen Städten Menschen türkischer

und kurdischer Nationalität auf engem Raum zusammen, ohne den Regierenden bisher den Gefallen zu tun, sich gegenseitig an die Gurgel zu gehen. Es bleibt zu hoffen, daß dies auch so bleibt. Jedoch auch in Deutschland hat der Krieg seine Rückwirkungen, insbesondere seit der Besetzung der türkischen Botschaft in München 1993 ist das nationalistische Element stark angewachsen, und dabei sind sich offenbar die der SHP angehörenden Propagandisten des Regimes in Europa, die zu DITIB (türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) gehörigen Moscheevereine und die MHP-Faschisten durchaus einig: Der Haß gegen das kurdische Volk wird bewußt geschürt. Massive Unterstützung erhält diese "Koalition" dabei durch den auch in Deutschland zu empfangenden türkischen Fernsehsender TRT-INT (vor allem die bereits erwähnte Sendereihe "Hand in Hand mit dem Landser"). Inzwischen finden auf deutschem Boden (so z.B. in Dortmund) sogar Autokorsos statt, in denen diese Propaganda verbreitet wird.


Das kurdische Exilparlament, das in Den Haag ins Leben gerufen wurde und sich aus 65 Vertreterinnen und Vertretern der Exilkurden in Europa, den GUS-Staaten, den USA und Australien zusammensetzt, hat sich in seiner ersten Sitzung am 12. April mit der Haltung Deutschlands auseinandergesetzt. Der Präsident des Exilparlaments, der aus Syrien stammende, seit einem Mordanschlag schwerverletzte Schriftsteller Ismet Vanly, nahm die PKK (der er nicht angehört) vor dem Vorwurf in Schutz, an den Anschlägen gegen türkische Einrichtungen in Deutschland in irgendeiner Form beteiligt zu sein

KD

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LANGER




SWB
 Sonnentank-Wärmepumpe auf Öl- oder Gas
 Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
 Karl Hermann Str. 13
 45701 Hellweg
 Telefon 0 23 66 1 4 39 65

Heizungsanlagen
 Sanitärinstallationen
 Elektroinstallationen

Solaranlagen
 Brennelementeheizung
 Brennstoffkessel

OBLOMOW



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TÄGLICH GEOFFNET AB 18.00 UHR



Am Podiumstisch hatten Karin Hussing (CDU), Gabriele Gorcitzka (SPD), Mahmut Kilinc, Pfarrer Harald Rohr und Siegfried Martsch (Bündnis '90/Die Grünen) Platz genommen, um über die Situation der Kurden in der Türkei zu diskutieren. waz-Bild: Siepmann

Eine Veranstaltung in Herne

Am 14. März 1995, einen Tag vor der offiziellen Außerkraftsetzung des bundesweiten Abschiebestopps für Menschen kurdischer Nationalität in die Türkei, fand in Herne im Ludwig-Steil-Haus unter der Leitung von Pfarrer Harald Rohr eine Podiumsdiskussion zum Thema "DÜRFEN WIR KURDEN ABSCHIEBEN?" statt. Auf dem Podium saßen (außer dem kurdischen Dolmetscher, Mustafa Baciroğlu, der seine Aufgabe zur allgemeinen Zufriedenheit meisterte) drei Abgeordnete des NRW-Landtages, und zwar: Karin Hussing (CDU), Gabriele Gorcitzka (SPD) und Siegfried Martsch (Bündnis 90/Die Grünen), sowie der im Exil lebende kurdische Abgeordnete des Großen Nationalrats der Türkei (TBMM), Mahmut Kilinç (DEP), der sich - wie 15 weitere der 23 DEP-Abgeordneten - dem Zugriff der türkischen Staatsgewalt und einem Verfahren wegen Hochverrats (Vertretung des kurdischen Volkes im türkischen Parlament) vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM) Ankara durch rechtzeitige Flucht entziehen konnte. Er ist heute im kurdischen

Die Veranstaltung war gut besucht - überwiegend von Menschen kurdischer Nationalität; nur wenige Deutsche waren da. Die Vertreterinnen von CDU und SPD vertraten - von Sachkenntnis über den Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk und die Beteiligung des deutschen Staates daran wenig getrübt - die offiziellen Standpunkte ihrer Parteien: Einzelfallprüfung vor der Abschiebung (CDU) bzw. Verlängerung des bundesweiten Abschiebestopps ohne Grundsatzentscheidung über das Recht der Betroffenen auf Asyl (SPD).

Der gewichtige Abgeordnete der Grünen (ein Stuhl brach unter ihm zusammen) verfocht demgegenüber den bei Grünen nicht unumstrittenen Standpunkt, daß im Hinblick auf kurdische Menschen aus der Türkei in Deutschland Gruppenasyl, d.h. Asyl ohne Ansehung der Person, zu gelten habe. An Beispielen der Verfolgung von abgeschobenen Kurdinnen und Kurden auch in der Westtürkei belegte er, daß die Behauptung einer innerstaatlichen Fluchtalternative fauler Zauber ist. Aus den deutschen Waffenlieferungen an den türkischen Staat

leitete er darüber hinaus eine Pflicht des deutschen Staates zur Wiedergutmachung an den dadurch Geschädigten ab. Der DEP-Abgeordnete legte dar, daß sich der türkische Staat seit nunmehr über 10 Jahren im Krieg gegen das kurdische Volk befindet und daß der deutsche Staat sowohl durch militärische, politische und wirtschaftliche Unterstützung des Regimes als auch durch seine Kuratel- und Asylpolitik sowie Diffamierung des kurdischen Volkes in der Öffentlichkeit an diesem Krieg auf Seiten des türkischen Staates beteiligt. Diffamierend sei z.B. die

Unterstellung, die Kurden führten gegen die Türken Krieg und wollten diesen auch in Deutschland ausfechten. Richtig sei dagegen, daß ohne Unterstützung durch die USA und Deutschland dieser Krieg längst zusammengebrochen wäre.

In der anschließenden Diskussion wurde herausgearbeitet, daß seitens des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft seit über hundert Jahren immer ein starkes Interesse bestanden hat und besteht, für den türkischen Staat Partei zu ergreifen - und zwar sowohl ein machtpolitisches Interesse (die Türkei bildet eine Brücke für weiteres Vordringen nach Osten, heute in die turksprachigen ehemaligen Sowjetrepubliken) als auch ein wirtschaftliches Interesse: Der türkische Staat ist beim deutschen Staat hochverschuldet, und zahlreiche Firmen in der Türkei sind in deutschem Besitz; deutsche Firmen (wie Siemens) warten auch darauf, das große Stauseen-Projekt mit Kraftwerken im kurdischen Gebiet (GAP) zu Ende bauen zu können, mit dem - abgesehen von den immensen ökologischen Folgeschäden - künftige Kriege mit den südlichen Nachbarstaaten um Wasser vorprogrammiert werden. Für die Bevölkerung der Türkei insgesamt ist der Krieg sehr belastend, da sich dadurch deren Lebenslage sehr drastisch verschlechtert hat. Hingewiesen wurde auch darauf, daß Gewerkschaftern, die diesen Zusammenhang ansprechen, der Prozeß gemacht und sie (wie Münir Ceylan) ins Gefängnis gesteckt werden.

Während die SPD-Vertreterin großsprecherisch versicherte, daß - wie auch immer die Entscheidung der Bundesregierung ausfallen werde - die SPD-regierten Länder am Abschiebestopp für kurdische Menschen festhalten würden, betonte die

CDU-Abgeordnete, abgesprochen würden nur Kurden, die sich strafbar gemacht hätten, und ermahnte in landesmütterlicher Manier die Anwesenden, dies nicht zu tun. Dann geschähe ihnen auch nichts. Darüber hinaus erklärte sie - von eingeworfenen Beispielen aus der Praxis unbeirrt -, daß die Asylentscheidungen in Deutschland völlig legal abliefen.

Wäre das der Fall, so dürfte man solche inhumanen und undemokratischen, jeder Rechtsstaatlichkeit Hohn sprechenden Gesetze, die der Behördenwillkür Tür und Tor öffnen, nicht beachten. Dies sagte - unter Hinweis auf die Lehren aus der Nazizeit - ein deutscher Antifaschist, unter starkem Beifall der großen Mehrheit der Anwesenden.

Günstiges politisches Klima für Abschiebungen

In Deutschland hat in der letzten Zeit eine Welle von Anschlügen auf türkische Einrichtungen das Klima stark zugunsten der Abschiebepolitik der Kohl/Kinkel-Regierung verändert. Was alle bisherigen Unternehmungen nicht geschafft haben, ist heute erreicht: Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt diese Politik. Laut Umfragen sollen es rund 60 % der Befragten sein.

Die Politiker und die Medien haben alles getan, um diese Anschlagwelle als das Werk der hierzulande verbotenen PKK in Erscheinung treten zu lassen. Es handelt sich dabei jedoch im wesentlichen um drei Arten von Anschlügen, die - wenn man einmal von dieser oder jener Bank absieht - sämtlich als Ziele für die PKK untypisch sind. So begann die Anschlagserie mit Anschlügen einiger türkischer Organisationen aus dem linken Spektrum auf Einrichtungen der Grauen Wölfe. Diese

Organisationen haben sich damit - sicher nicht beabsichtigt - zu Werkzeugen einer antikurdischen Politik machen lassen. Es folgten Anschlüge bisher unbekannt gebliebener Täter auf Moscheen, die das Strickmuster ähnlicher Anschlüge in der Türkei tragen, mit denen die Version der türkischen Regierung unterstützt wurde, dort sei ein Religionskrieg zwischen Sunniten und Alewiten im Gange, während es sich in Wahrheit etwa bei den Protesten im Istanbul Stadtteil Gazi im Anschluß an den Überfall eines faschistischen Terrorkommandos auf Lokale, deren Inhaber als demokratisch und antifaschistisch bekannt sind, und bei der massenhaften Erschießung von über das untätige Zuschauen der Polizei empörten Menschen durch türkische Polizisten um eine Auseinandersetzung zwischen den verletzten Massen und der türkischen Staatsgewalt handelt. Bei einer dritten Gruppe von Brandsätzen handelt es sich allem Anschein nach schlichtweg um als Anschlag getarnten Versicherungsbetrug von andernfalls pleite gegangenen Kleinunternehmen, etwa von Reisebüros, die aufgrund der in der Tat von der PKK geförderten Propaganda, die Türkei als Reiseziel zu boykottieren, in die roten Zahlen geraten sein mögen. Deutsche Touristen, die von der PKK-Propaganda angesprochen werden, nehmen jedoch solch kleine Reisebüros kaum in Anspruch, und auf die größeren sind keine Anschlüge erfolgt. Im übrigen ist auch der türkische Geheimdienst auf deutschem Boden sehr aktiv, und Taten wie diese sind ihm durchaus zuzutrauen, wie er ja auch etwa Geschäftsleute, die an Befreiungsorganisationen Spenden geben, bedroht und ihnen nahelegt zu erklären, die Spenden seien von ihnen erpreßt

worden. Hier handelt es sich insgesamt um ein Feld von verdecktem Krieg, bei dem die deutschen Behörden im Nebel stochern oder mit den eingeschleusten Kräften des türkischen Geheimdienstes einfach zusammenarbeiten.

Gewinnen kann bei alledem jedenfalls nur die Republik Türkei, niemand sonst. Nicht in einem einzigen dieser Fälle wurde bisher

PKK-Beteiligung nachgewiesen, was nicht ausschließen soll, daß sie hier oder da nicht doch beteiligt war. In der Vergangenheit war sie es öfter, insbesondere wenn es um die Besetzung von Botschaften oder Konsulaten ging; und mit ihrer öffentlichen Stellungnahme, daß sie verstehen könne, wenn sich der Zorn ihrer Landsleute gegen Einrichtungen des türkischen Staates Luft mache (solche sind jedoch auffälligerweise nirgendwo betroffen), wurde dankbar als Bestätigung für diesen fehlenden Nachweis aufgegriffen.

Aber dieser mangelnde Nachweis steht im krassen Widerspruch zu den vollmundigen Behauptungen der Kanther und Konsorten, die überall da, wo die Aufklärungsarbeit der deutschen Polizei versagt, unisono mit dem türkischen Staat die bösen Kurden am Werk sehen.

Dem Fernsehen zufolge sollen allein auf deutschem Boden rund 4000 kurdische Terroristen (das wäre fast jeder hundertste Mensch kurdischer Nationalität hierzulande) tätig sein. Unter Terrorismus fallen da selbstredend dann nicht nur Brandanschläge, sondern auch Besetzungen von Straßenkreuzungen, um gegen den türkischen Einmarsch in den Nordirak (Südkurdistan) zu protestieren, Tragen verbotener Embleme usw. Zur Unterstützung der "Argumentation" muß mal wieder auch die Beteiligung von

Kurden an der Drogenmafia herhalten, die - anders als bei der Beteiligung etwa von Türken oder Deutschen - zur Hetze gegen das ganze kurdische Volk benutzt wird; und immer wieder erscheint mal hier oder da groß aufgemacht die Behauptung, die PKK habe ihre Finger dabei im Spiel, während die Dementis in aller Regel ganz klein nachgereicht werden. Das nennt man hierzulande Pressefreiheit. In der Türkei unterscheiden sich die Medien davon lediglich dadurch, daß die kleinen Dementis fehlen. Fakt ist, daß die Drogenmafia (ebenso wie die Waffenmafia, die überwiegend in denselben Händen liegt) international organisiert ist und die Drahtzieher in aller Regel gar nicht in Deutschland wohnen, geschweige denn hier um Asyl nachsuchen.

Erstmals Gruppenasyl für kurdische Flüchtlinge

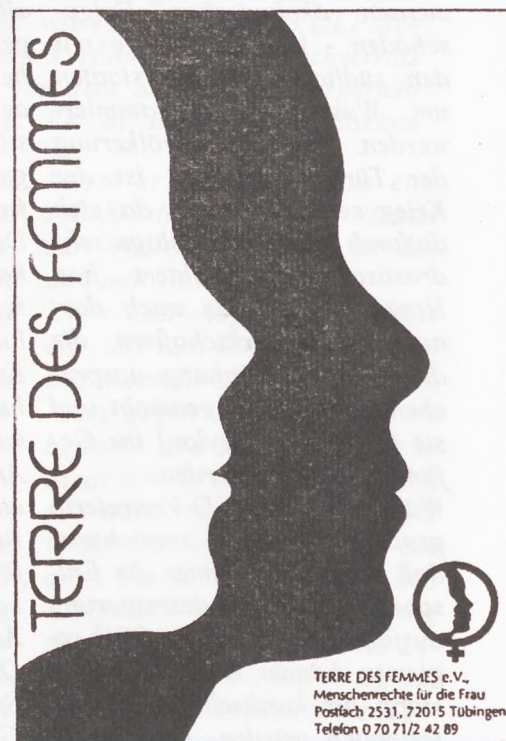
Das schleswig-holsteinische Obergericht hat am 27. April erstmals das Recht auf Gruppenasyl für kurdische Flüchtlinge aus dem zum unter Kriegsrecht stehenden Gebiet erklärten Teil des Hoheitsgebietes der Republik Türkei (Nordkurdistan) anerkannt und die Behauptung einer inländischen Fluchtalternative zurückgewiesen (Aktenzeichen: 4 L 18/95). Damit sind rechtliche Konsequenzen aus der Tatsache gezogen worden, daß jetzt auch offiziell von "Krieg" geredet wird. NRW-Innenminister Schnoor fiel denn auch gleich erneut um, nachdem das Land bereits den ersten - nicht straffällig gewordenen - Kurden abgeschoben hatte. Natürlich ertete er Kritik von Seiten Kanthers.

Da Deutschland Kriegspartei auf Seiten des Angreifers,

nämlich der Republik Türkei, ist, müßte, sobald das schleswig-holsteinische Urteil unanfechtbar geworden ist, exemplarisch eine Schadensersatzklage seitens eines durch diesen Krieg materiell und/oder immateriell geschädigten Menschen gegen den deutschen Staat geführt werden, um zu befinden, wie groß der deutsche Anteil an einer zu leistenden Entschädigung wäre und ob nicht in Vorkasse die gesamte Entschädigung erst einmal vom deutschen Staat zu leisten wäre, der dann ja gegen die für diesen Krieg Mitverantwortlichen Erstattungsansprüche geltend machen könnte. KD

RUNDBRIEF 1/95

◆ Genitale Verstümmelung in Afrika ◆ Roll back beim Thema "Sexuelle Gewalt" ◆ Sextourismus in Brasilien ◆ Reaktion: 25. November - Vergewaltigung ◆ Frauenrechte in Asien/Polynesien ◆



TERRE DES FEMMES e.V.
Menschenrechte für die Frau
Postfach 2531, 72015 Tübingen
Telefon 0 70 71/2 42 89

REPRESSION IN MÜNSTER

In Münster überzieht die Staatsmacht den Widerstand von kurdischen wie deutschen Menschen und Organisationen gegen den Völkermord der Türkei am kurdischen Volk und die Politik der deutschen Regierungen von Bund und Ländern mit einer bisher noch nicht da gewesenen Terrorwelle !

So suchten Polizisten den Infoladen "Bankrott" im Dahlweg 64 auf und wühlten gut zwei Stunden in Auslageregalen, im Computer, in Schränken und Schubladen herum. Etwa zeitgleich standen die uniformierten Damen und Herren auch vor der Tür einer Privatwohnung, wiesen einen Durchsuchungsbefehl vom 27.3. (!) vor und verlangten Einlaß. Einziges Vergehen des Betroffenen: Auf seinen Namen war der Telefonanschluß des Infoladens angemeldet.

Im Laden wie in der Wohnung (der Bewohner war zur Zeit der Durchsuchung selber nicht zu Hause) beschlagnahmten die ungebetenen BesucherInnen Informationsmaterialien zu Kurdistan (Kurdistan-Reports, Biji Azadis, Kurdistan-Rundbriefe etc.), verschiedene andere Zeitungen, Bücher und Plakate. In die Tür des Infoladens "Bankrott" wurde ein neues Schloß eingesetzt und der freundliche Hinweis an die Tür gehängt, der Schlüssel sei auf dem Präsidium abzuholen. Rechtlicher Aufhänger der ganzen Aktion war der "Verdacht von Verstößen gegen das Vereinsrecht(...)".

Kein Einzelfall. Im Februar 1995 war der Staatsschutz schon einmal aufgelaufen, diesmal in der Uni-Fachschaft Soziologie, und hatte ein Plakat zu dem 16jährigen Kurden Halim Dener, der in Hannover von einem Polizisten ermordet wurde, eine Zeitung und ein Flugblatt beschlagnahmt.

Viel schlimmer allerdings nahm und nimmt sich der Terror gegen die in Münster lebenden Kurdinnen und Kurden aus.

Am 22.3. wurde der Kurde Ömer E. in seiner Wohnung festgenommen - eine Verhaftung mit "Hindernissen". An jenem Mittwochmorgen (dem Tag nach dem Newroz-Fest) drangen Polizeibeamte gewaltsam in Ömers Wohnung ein. Einem zufällig in Ömers Bett schlafenden Kurden setzten sie die Maschinenpistole (!) vors Gesicht und zogen ihm die Bettdecke weg. Obwohl sie wußten, daß sie den "Falschen" hatten, durchsuchten sie anschließend seine Wohnung in Nottuln, sein Auto, und hielten ihn solange fest (über acht Stunden !), bis sie Ömer in seiner Wohnung abfangen konnten.

Ömer wird vorgeworfen, in der Nacht vom 18. auf den 19.3. einen Brandsatz in ein türkisches

Reisebüro an der Grevener Straße geworfen zu haben. Obwohl er für die gegebene Tatzeit ein Alibi hat, wird er bis heute in Haft gehalten. Den Zeuginnen und Zeugen, die Ömer durch ihre Aussage entlasten, ließ die Polizei eine besondere Behandlung angedeihen.

Zwischen acht und neun Uhr morgens standen die Beamten bei sämtlichen (!) ZeugInnen vor der Tür und forderten sie, ohne jede Rechtsbelehrung, auf, mit auf die Wache zu kommen und "ihre Aussage zu machen". Der Großteil der verstörten Menschen wurde daraufhin vier bis fünf Stunden festgehalten und verhört - durchaus **nicht** nur zur Sache. Persönliche Verbindungen und politische Präferenzen von FreundInnen und Bekannten interessierten die Ermittler mindestens ebenso sehr wie Ömers Schuld oder Unschuld.

Eine schwerkranke Mitbewohnerin von Ömer, die an dem bewußten Mittwoch morgens ebenfalls mit der Waffe bedroht worden war und die im ersten Schrecken ausgesagt hatte, zur bewußten Zeit nicht da gewesen zu sein, nahmen die Schergen besonders in die Mangel !

Ihre wiederholten Beteuerungen, daß sie krank sei und Schmerzen habe, wurden von den Beamten schlicht ignoriert. Noch in derselben Nacht mußte sie mit schweren Nierenproblemen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Aber selbst das genügte den Beamten noch nicht!!

Am nächsten Morgen liefen sie im Krankenhaus auf und wiesen die Schwestern an, keinen Besuch zu der Kranken vorzulassen. Ihr selbst - sie hat nur noch eine Niere und litt an einer schweren Nierenbeckenentzündung - warfen sie vor, zu "simulieren", befragten sie und das Personal, ob sie "zusammengeschlagen worden" sei (selbstverständlich von *rachsüchtigen PKK-Schergen...*), und kündigten ihr an, sie im Beisein eines Richters im Krankenbett zu verhören. Erst auf massive Intervention des Arztes hin waren sie bereit zu gehen.

Der Zusammenhang der Durchsuchungen von Fachschaft, Infoladen und Privatwohnung mit den unglaublichen Vorgängen rund um Ömers Verhaftung ist überdeutlich, die Masche immer dieselbe:

Grauzone

"Die Musikkneipe in RE"
Oerweg 53, 45657 RE, 02361/15262

Veranstaltungskalender Mai 95

Jeden Sonntag
von 10 - 14 Uhr großes
Frühstücksbuffet
Tischreservierung
unter 15262

Sonntags
7.5.
14.5.
21.5.
28.5.

Jeden
Sonntagnachmittag
Jazz-Café mit "Matz"
von 15 - 19 h

Donnerstag
Vatertagsparty
mit
TRIO INFERNALE
- Beatles unplugged -
Einlaß 19.00 Beginn 21.00
AK 12,-

25.5.

Samstag
CARIBIAN NIGHT
Große Cocktail-Party
mit
Videos, Sunshine und Bob Marley
Beginn 19.00 Eintritt frei

27.5.

Freitag
AUNT JAMIMA
- Funk Rock -

9.6.

Die *allerbesten* Five-Acts im Kreis RE
täglich geöffnet von 19.00 bis 2.00
freitags - samstags bis 3.00
sonntags von 10.00 bis 2.00
02361 15262

Einschüchterung, Kriminalisierung, Terror ! Jeder Widerstand gegen das Morden in Kurdistan und die kriegsfördernde Politik Deutschlands soll nun anscheinend (nicht nur in Münster) mit aller Gewalt abgewürgt werden. Kurdische Menschen sind mehr denn je von Abschiebung und damit Folter und Tod bedroht, beharrlich hofiert die Bundesregierung das Mord-System in Ankara, tateifrige Landesregierungen und pflichtbewußte Richter und Ausländerbehörden im Schlepptau. Bundesweit werden Razzien gegen Menschen und Organisationen durchgeführt, die sich mit dem Befreiungs- oder eher: Überlebenskampf der Kurdsinnen und Kurden solidarisieren. Heute, 22.4.1995, sitzt Ömer noch immer im Knast !

Schreibt Karten und Briefe an:
Ömer Eren
c/o JVA
Gartenstraße
48147 Münster

Anzeige



Ché Coolala
Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

Hayden Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 0231 / 17 81 45 • Fax: 0231 / 17 83 47

ZUM "LAGEBERICHT TÜRKEI" DES AUSWÄRTIGEN AMTES VOM 17.1.1995

Dieser Bericht ist eine Antwort des TERRE DES FEMMES Sachgebiets Naher und mittlerer Osten von Thea A. Struchtemeier. Der Bericht setzt sich mit dem Lagebericht Türkei des Auswärtigen Amtes in Bonn auseinander in Bezug auf geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen an Frauen in der Türkei sowie mit der "RückkehrerInnen"frage.

Thea A. Struchtemeier hielt sich mehrfach zu Recherchen in der Türkei und Kurdistan auf.

Nach glaubwürdigen Berichten stellte sie fest, daß es zu wiederholten und regelmäßigen Fällen von systematischen Menschenrechtsverletzungen an Frauen in der Türkei kommt und nicht nur "gelegentlich", wie es der Lagebericht nennt. An diesen Menschenrechtsverletzungen an Frauen sind sowohl Ärzte als auch Polizei- und Sicherheitskräfte beteiligt.

Noch brutaler werden diese Vergehen an Frauen, wenn zum Verfolgungsgrund "Geschlecht" die ethnische Herkunft "kurdisch" hinzutritt.

Selbst die offiziellen Medien in der Türkei dokumentieren solche Art von an Frauen begangenen Menschenrechtsverletzungen.

Beispiele:

- Am 20.2.1992 berichtete die staatstreue Zeitung "Hürriyet", daß im Nevşehir-Gefängnis einsitzende Frauen zwangsweise "Schwangerschaftstests" unterzogen wurden.

- Özgür gündem berichtete in einer Notiz vom 13.6.1993, daß die Schwesternschule Gülhane der militärischen medizinischen Akademie als Aufnahmekriterium für angehende Krankenschwestern eine Größe von mindestens 1,56 m voraussetzt sowie, daß sie "körperlich der Idealnorm entsprechend gebaut sein müssen".

- Die taz vom 9.2.1995 zitierte die staatliche Nachrichtenagentur 'Anadolu', nach der es vom

Bildungsministerium her zulässig ist, Schülerinnen auf ihre Jungfräulichkeit zu untersuchen und "unkeusche" Schülerinnen der Schule zu verweisen. Und obwohl es gesetzlich verboten sei, müssen sich auch ledige Frauen vor Einstellungsbeginn im öffentlichen Dienst unter polizeilicher Aufsicht einer gynäkologischen Untersuchung unterziehen.

- Die Zeitung "Hürriyet" vermeldete am 23.2.1992, daß der Nationale Sicherheitsrat Pläne ins Auge gefaßt habe, die Geburtenkontrolle kurdischer Frauen zu verschärfen und Geburtenkontrolle als "Aufstandsbekämpfungsmittel" einzusetzen.

Thea A. Struchtemeier sind mehrere Fälle bekannt, wo Frauen inhaftiert und - zum Teil mit Polizeiknüppeln - vergewaltigt wurden. Die Verletzungen waren attestiert, und die Berichte wurden ihr von den AnwältInnen der gefolterten Frauen übergeben.

Beispiele:

- im April 1991 Esmâ Polat in Istanbul

- im August 1991 Mediha Cura-baz in Adana

- im Oktober 1991 Sibel Yıldız in Istanbul.

Alle drei Frauen klagten ihre Vergewaltigung öffentlich an, zwei von ihnen wurden mittlerweile freigelassen (Esmâ Polat wurde im Mai 1992 von Polizeieinheiten in Adana erschossen).

Ausgewählte Fälle weiterer geschlechtsspezifischer Menschenrechtsverletzungen an Frauen:

- Im Anschluß an die Newroz-Feierlichkeiten am 21.3.1992 wird die 16jährige Bişenk Anık festgenommen und sexuell gefoltert; anschließend wird sie erschossen.

- 19.6.1992, Menice Kirtay, schwanger, wird vergewaltigt und anschließend ermordet.

- 1. Mai 1993, Fedime Güler, 12 Jahre, wird von Sicherheitskräften bei Agri entführt und vergewaltigt.

- Juni 1993, Şeher Yanarer, 12 Jahre, wird von Sicherheitskräften ausgezogen und im Dorf zur Schau gestellt.

- 20.6.1993, Şükran Aydın aus Derik bei Mardin, wird im Beisein ihrer Mutter vergewaltigt; das Verbrechen wird mittlerweile vor der Europäischen Menschenrechtskommission verhandelt.

- Die Journalistin Nezahat Özen berichtete über die Vergewaltigung an Şükran Aydın; anschließend an den Bericht wurde sie festgenommen und - obwohl im 7. Monat schwanger - in der Untersuchungshaft gefoltert.

- Eine Mitarbeiterin des İnsan Hakları Derneği İstanbul (Menschenrechtsverein) teilt im Januar 1993 mit, daß Soldaten der türkischen Armee tote Guerilla.-Kämpferinnen vergewaltigten und daß Berichte über solche Vorfälle im türkischen

Fernsehen zum Teil verherrlichend gezeigt wurden. Auch der türkische Staatspräsident Demirel war darüber instruiert, der die Verbrechen kommentierte: "Es sind 22- bis 23jährige Männer, die können sich nicht beherrschen."

Diese abscheulichen Berichte wurden in dem Magazin Gerçek 13/1993 wiederholt

- Zwei tote Guerillakämpferinnen werden entkleidet und im türkischen Fernsehen Inter-Star zur Schau gestellt (1993).

- Im März 1993 protestierten u.a. die Frauenkommission des IHD-Istanbul, die Gesundheitsgewerkschaft Sağlık-Sen, der ehemalige Abgeordnete von Şirnak, Mahmut Alınak, gegen die vom türkischen Staat praktizierten gynäkologischen Zwangsuntersuchungen von weiblichen Gefangenen auf Schwangerschaft und von Ehefrauen per Haftbefehl gesuchter Männer auf Geschlechtsverkehr sowie gegen die öffentliche Darstellung der Ergebnisse dieser Zwangsuntersuchungen in der türkischen Presse.

- April 1994 demonstrierten in Izmir türkische Frauen unter dem Slogan "Faß meine Freundin nicht an" gegen die steten Belästigungen an türkischen und kurdischen Frauen.

- Im Mai 1994 berichtete der IHD-Izmir über sexuelle Belästigungen von Besucherinnen des Gefängnisses in Buca durch das Gefängnispersonal und legte dagegen Proteste ein.

- Mitte Januar 1995 erläßt die Sicherheitsbehörde in Cizre die Kleiderordnung, die den Frauen das Tragen des Carsaf untersagt, der die traditionelle Überbekleidung in dieser Gegend darstellt.

- Die für 15 Jahre wegen "Separatismus" verurteilte kurdische Parlamentarierin Leyla Zana wird in aller Öffentlichkeit sexi-

stisch gedemütigt und beschimpft.

Der US-Kongreß gibt in seinem Bericht zu Menschenrechtsverletzungen in der Türkei an, daß die Analphabetinnenrate in der Türkei 29 % beträgt, daß ist 10 % höher als der Gesamtdurchschnitt - und das angesichts der Tatsache, daß türkische Akademikerinnen ungleich bessere Berufschancen besitzen als deutsche.

Frauen erhalten bei der Heirat automatisch den Namen ihres Ehemannes. Bei der Scheidung gibt es keine Güterteilung, und die Ehe wird nicht als Zueinigungsvertrag betrachtet. Frauen in der Türkei müssen regelmäßig bei Scheidungsverfahren sogar ihren eigenen Besitz einklagen, da sämtliches Eigentum auf den Namen des Ehemannes bzw. seiner Familie eingeschrieben wird.

Eheliche Gewalt wird - wie leider in Deutschland ebenso - als eine "Privatangelegenheit" betrachtet.

Die Vergewaltigung von Prostituierten sowie das Prellen um ihren Lohn wird nicht als Verbrechen bestraft.

Die Bestrafung von Tätern, die Frauen vergewaltigten, die nicht "Jungfrauen" waren, fällt ungleich geringer aus.

TERRE DES FEMMES erachtet Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, Vergewaltigung in der Ehe und in Beziehungen sowie die zwischen Frauen und Männern per Gesetz hergestellte und herrschende Ungleichstellung als einen Verstoß gegen die Menschenrechte von Frauen - hier in Deutschland ebenso wie in der Türkei. Die Entwurzelung kurdischer Frauen aus ihren Heimatdörfern ist ebenso eine geschlechtsspezifische

Menschenrechtsverletzung, da ihre zwangsweise Vertreibung in den Westen der Türkei ihre ökonomische Sicherheit und Stellung in den Familien zerstört. Bei der Vertreibung, bei Dorfräzzen und Inhaftierungen werden sie häufig sexuell belästigt oder sogar vergewaltigt. Vergewaltigungen von kurdischen Frauen dienen in der Türkei dazu, die "in der Ehre gekränkten Männer" bei Verhören zum Sprechen zu bringen (s. dazu auch die Dokumentation: Frauen auf der Flucht, Geschlechtsspezifische Fluchtursachen und europäische Flüchtlingspolitik, hrsg. von TERRE DES FEMMES Tübingen).

Auch bei zwangsweisen Rückführungen in die Türkei, d.h. Abschiebungen, müssen Frauen mit spezifischen Diskriminierungen rechnen. Da Frauen traditionell die Kinderversorgung innehaben, ist ihre Mobilität eingeschränkt. Dadurch sind sie bei Sicherheitsüberprüfungen greifbarer als Männer, die Formen finden können, sich diesen zu entziehen. Daß die Bundesregierung nicht gewillt ist, § 19 des Ausländergesetzes (der das Aufenthaltsrecht von Frauen an das ihres Ehemanns bindet) zu reformieren, bedeutet eine Fortsetzung der an türkischen oder kurdischen Frauen in der Türkei begangenen Menschenrechtsverletzungen hier in Deutschland.

Aus Deutschland oder Europa zurückgeschickte alleinstehende Frauen mit Kindern werden darüber hinaus von ihren Familien diskriminiert und als "schlechte Frauen" angesehen.

Der türkische Staat duldet solche Diskriminierungen und fördert sie durch entsprechende Propaganda. Von daher stellen solche Diskriminierungen staatliche Verfolgungen dar.

Frauenredaktion/TAS

"Bei den Nazis wärest Du längst vergast ..."

GEWALT GEGEN BEHINDERTE

- Eine Analyse (Teil 2) -

Moderne Lösungen für die "soziale Frage"

Die Argumentationsmuster ähneln sich erschreckend - damals und auch heute wieder: Ob ein schwerstbehinderter Mensch über scheinbar wertneutrale Kriterien zur NICHT-Person definiert oder als *"menschliches Gemüse"* (Singer) abgetan wird oder ob 1920 bei Binding/Hoche und später im Faschismus von *"leeren Menschenhülsen"*, *"Ballast-Existenzen"*, *"geistig Toten"* die Rede war - die Bilder gleichen sich!

Augenblicklich etabliert sich die Bio-Ethik in der Bundesrepublik. Im Januar 1994 gründete sich in Bonn das erste Bio-Ethik-Institut. Singer scheint mit seinen sehr plakativen und damit angreifbaren Thesen aus der Schußlinie genommen worden zu sein. Die Bio-Ethik-Anhänger zäumen nun das Pferd vom Schwanz auf: Sie suchen in ihrem Institut Antworten auf Fragen, die die moderne Wissenschaft mit ihren horrenden Möglichkeiten aufwirft. Jeder kann sich ausrechnen, wie die Bio-Ethik-Antworten aussehen werden - nämlich wie Singers Thesen, die uns so geschockt haben. Vielleicht merkt man es nur nicht auf den ersten Blick. Die Bio-Ethik-Konvention der Europäischen Union ist dafür ein weiterer Beleg - auch wenn sie gegenwärtig gescheitert scheint. Seit Beginn der Industrialisierung grenzt man diejenigen aus der Gesellschaft aus - auch bei uns -, die zur Last fallen, die ihre Arbeitskraft am Arbeitsmarkt nicht verkaufen können. Man grenzt sie aus, versucht sie an vorgegebene Normalität anzupassen - und wenn das nicht gelingt, ermordet man sie. Klaus Dörner nennt das die *"Endlösung der sozialen Frage"* (Gütersloh 1988).

Die "neue Behindertenfeindlichkeit" ist nichts Neues!

Die "Euthanasiediskussion" ist nichts NEUES, keine "neue Behindertenfeindlichkeit"! Sie ist eine alte Antwort auf die "alte soziale Frage".

Übergriffe auf Behinderte - wie oben beschrieben - finden sich auch nicht erst heute, sondern sehr gleichbleibend in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten.

♦ 1969/70 macht der "Fall Aumühle" Schlagzeilen. Es ist zu Bürgertätlichkeiten gegen ein geplantes Behindertenheim gekommen, mit zertrümmerten Fenstern, Brandstiftung, Verprügelung des Heimleiters, und all das unter dem Motto: *"Wir wollen einen Nationalpark, keinen Idiotenpark!"* (Bechl, CSU)

♦ 1971 kommt es in Schwalmstadt zu einem Badeverbot für 150 geistigbehinderte Kinder und Jugendliche. Originalton Georg Wecker (46 Jahre alt, FDP-Fraktionsvorsitzender): *"Ein geistig Behinderter ist kein Mensch im normalen Sinne. Er ist lediglich ein Torso, der so vor sich hinlebt."* Und Heinz Stecker (42 Jahre alt, Leiter der Schul- und Sportabteilung im Landratsamt) stimmt ihm zu: *"Irgendwie ist das Wasser nicht mehr in Ordnung, wenn geistig Behinderte darin gebadet haben."*

♦ 1980 macht ein Frankfurter Gericht mit nahezu den gleichen Worten wie in Flensburg Behinderte zum Reisemangel. Diese Chronologie (vgl. Ernst Klee, *BEHINDERTE IM URLAUB*, Frankfurt am Main 1980) soll nicht die heutigen Übergriffe auf Behinderte verharmlosen. Im Gegenteil: Die langjährige Kontinuität derartiger Taten muß unser Entsetzen steigern! Wir alle haben diese Ereignisse miterlebt; viele haben sie ignoriert, nicht wahrhaben wollen, bagatellisiert. Es waren und sind "alte Antworten" auf die alte "soziale Frage": Ablehnung, Haß, Diskriminierung, Ausgrenzung, Isolation, Abschiebung und und und. Ich bin nicht sicher, ob Häufung und Intensität solcher Ereignisse augenblicklich wachsen. Ein möglicher Bezug zum wiedererwachenden Rechts"radikalismus" ist von der Beobachtung her wahrscheinlich, muß aber näher beleuchtet und untersucht werden. Die "neue Behindertenfeindlichkeit" ist nichts Neues! Es ist die alte Behindertenfeindlichkeit, die wir vor ihrem historischen wie vor ihrem damaligen und heutigen gesellschaftlichen Hintergrund sehen müssen. Behindertenfeindlichkeit zeigt sich nicht allein in spektakulären Übergriffen der beschriebenen Art - damals wie heute -, sondern steckt in vielen Erscheinungen, gegen die Betroffene in all den vergangenen Jahren gekämpft haben, um ihre Lebenslage zu verbessern:

- ♦ unzugängliche Gebäude und unzugängliche öffentliche Verkehrsmittel

- ♦ verhinderte Integration in Kindergarten und Schulen
- ♦ Bau unzugänglicher Wohnungen
- ♦ Vereitelung einer bedarfsgerechten Absicherung der Pflege
- ♦ viele andere Erfahrungen.

Neu ist eigentlich nur, daß heute Übergriffe eine größere Verbreitung in der Öffentlichkeit finden, daß die Situationen in den Medien allgemeinverständlich dargestellt werden. An dieser POPULARISIERUNG haben wir Betroffenen großen Anteil. Wir haben immer wieder solche Ereignisse vom "Frankfurter Urteil" über die "Aussperrung aus öffentlichen Verkehrsmitteln" bis hin zum "Flensburger Urteil" zum Anlaß genommen, in mannigfachen Aktionen auf die den Geschehnissen innewohnende DISKRIMINIERUNG hinzuweisen, sie anzuprangern und zu geißeln. Heute weiß jeder Journalist, daß Verkehrsmittel und Gebäude, die für Rollstuhlfahrer, Gehbehinderte, alte Menschen unzugänglich sind, diesen Personenkreis aussperren. Aber wir Betroffenen haben zu wenig gesehen und in der Öffentlichkeit vermittelt, daß in der Verweigerung all dessen, worum wir kämpfen mußten und müssen, Elemente STRUKTURELLER GEWALT gegen Behinderte enthalten sind.

Diskriminierung und strukturelle Gewalt gegen Behinderte

1991 ging die Geschichte eines Sehbehinderten, eines Blinden und eines Rollstuhlfahrers aus Kassel durch die Medien. Sie wollten einen Schrebergarten mieten, erhielten aber eine Absage, weil der Vorstand des Vereins fürchtete, sie würden aufgrund ihrer Beeinträchtigungen das Grundstück nicht pflegen können. Als die drei die Sache nicht auf sich beruhen ließen, sondern die Öffentlichkeit suchten, Unterschriften sammelten und sich an die Presse wandten, wurde die Pforte des gewünschten Kleingartens eingetreten, die Wege wurden mit Scherben bestreut, die Gartenhütte angezündet. Sicher war uns allen die Diskriminierung, die wir tagtäglich erfahren, klar, aber wir haben weniger die Elemente der Gewalt - struktureller und tätlicher Gewalt - gesehen und angeprangert. Verweigerung gleicher Lebensbedingungen, Euthanasiedenken, Übergriffe sind nicht erklärbar, wenn wir nicht die strukturelle Gewalt gegen Behinderte in dieser Gesellschaft erkennen, die sich zwar vordergründig indirekt gegen Personen äußert, aber in unser gesellschaftliches System als Strukturelement

eingebaut ist und permanent wirkt. Wir können nicht die Übergriffe der vergangenen Jahre sehen und beklagen,

- ♦ ohne gleichzeitig zu sehen, daß Pflegeabhängigen zum gleichen Zeitpunkt ihre Pflege in dieser Republik nicht in Selbstbestimmung gewährleistet ist,
- ♦ ohne zu sehen, daß der nach einem Privatunfall Querschnittgelähmte in aller Regel keine Wohnung findet, öffentliche Verkehrsmittel nicht benutzen kann, von der Teilnahme am täglichen Leben ausgeschlossen wird,
- ♦ ohne zu sehen, daß tagtäglich Behinderte in Heimen verschwinden, ihrer Bürgerrolle weitgehend beraubt zu Insassen gemacht werden,
- ♦ ohne zu sehen, daß der gemeinsame Schulbesuch behinderter und nichtbehinderter Kinder, obgleich heute niemand mehr die positiven Effekte einer solchen Integration bestreiten kann und ernsthaft bestreitet, vereitelt wird, aus welchen Gründen auch immer.

Johan Galtung definiert strukturelle Gewalt als Folge einer vermeidbaren Ungleichverteilung von Lebens-Chancen in einer Gesellschaft. Wenn die tatsächliche Verwirklichung von Menschen geringer ist als ihre mögliche Verwirklichung und das geändert werden könnte, liegt indirekte Gewalt gegen diese Gruppe vor. (Vgl. J. Galtung, *STRUKTURELLE GEWALT*, Reinbek 1975.)

Indirekte/strukturelle Gewalt ist Unterdrückung der Möglichkeiten der Verwirklichung, auch Unterdrückung der Möglichkeiten, sich zu wehren und zu lernen, sich zu wehren. Sie begünstigt so die Möglichkeit für die Betroffenen, Opfer von personaler Gewalt zu werden (z.B. durch sexuelle Übergriffe, verweigernde oder verletzende Handlungen und Vernachlässigungen in der Pflege).

Personale/direkte (rohe) Gewalt ist Zerstörung der Möglichkeiten der Verwirklichung; hier gibt es Aktion (Übergriff) und Akteur(e) (Täter). Es kann sich um körperliche oder psychische Mißhandlung, aktive oder passive Vernachlässigung, Einschränkung des freien Willens (Entzug von Menschen- und Bürgerrechten, von Verfügungsgewalt über finanzielle Mittel) handeln.

"Personale Gewalt ZEIGT SICH. (...) Das Objekt der personalen Gewalt nimmt die Gewalt normalerweise wahr und kann sich dagegen wehren - das Objekt der strukturellen Gewalt kann dazu überredet werden, überhaupt nichts wahrzunehmen. (...) Strukturelle Gewalt ist geräuschlos, (...)" (J. Galtung, 1975)

Latente Gewalt beschreibt eine Situation, die zwar nicht auf den ersten Blick gewalttätig erscheint, aber labil ist, so daß zum tatsächlichen

Eintreten der Gewalt geringe Anlässe ausreichen. Ursachen für die Bereitschaft zur (personalen) Gewalt sind hier im Normalfall, nicht im Ausnahmefall, zu suchen. Zwei aktuelle Beispiele, die die strukturelle Gewalt gegen Behinderte in unserer Republik verdeutlichen: Wir kämpfen seit zwanzig Jahren um die Zugänglichkeit öffentlicher Verkehrsmittel mit Worten, mit der Überzeugungskraft der besseren Argumente, mit Aktionen. In Dortmund haben wir erreicht, daß absenkbare Niederflurbusse angeschafft werden, aber die Bussteige werden nicht niveaugleich angepaßt, Lifte oder Rampen sind nicht in Sicht. Wir bleiben auch weiterhin aus diesem Verkehrsmittel ausgesperrt. Wir werden gewaltsam durch 10 cm Höhenunterschied an der Benutzung gehindert. Das ist mehr als Diskriminierung! Das ist Gewalt gegen Behinderte, die nur auf den ersten Blick nicht die Brutalität des Verprügelns erkennen läßt. Der zweite Blick macht die Brutalität dieser gewaltsamen Aussperrung deutlich. Die Situation ist nicht nur für Dortmund zutreffend, sondern charakterisiert die Lebenslage der meisten Behinderten in der Bundesrepublik.

♦ In den 70er Jahren nannte die Stadt Dortmund in ihrem eigenen *STADTENTWICKLUNGSPLAN DORTMUND 1990* einen Bedarf von 660 behindertengerechten Wohnungen. Diese Wohnungen wurden nie gebaut! Die Stadt gab ihre eigenen Planungsvorgaben - trotz der Mahnung Betroffener - aus unerklärlichen Gründen auf und zählte sieben Jahre vor Erreichen der zeitlichen Zielvorgabe des Jahres 1990 sage und schreibe 5 behindertengerechte Wohnungen. Ein planerischer und tatsächlicher Fehlbestand von 655 Wohnungen. 1994 fehlen noch immer rund 500 Behindertenwohnungen. Das Amt für Wohnungswesen kann die Nachfrage nicht befriedigen! Eine harmlose Formulierung! Im Einzelfall bedeutet das für jemanden, der durch Unfall oder Krankheit auf den Rollstuhl angewiesen ist, daß er in seiner Wohnung im 3. Stock eines Miethauses ohne Aufzug eingesperrt ist. Er wird durch diese Gesellschaft seiner Freiheit beraubt. Blanke Gewalt gegen Behinderte. Unübersehbare Gewalt.

Diskriminierung und strukturelle Gewalt gegen Menschen treffen nicht nur uns Behinderte. Sie erhöhen in einer Gesellschaft die Handlungsbereitschaft zu Übergriffen. Sie bereiten Übergriffen

den Boden. Heiner Geißler (mit dem mich politisch nichts verbindet und dessen Partei erheblich dazu beigetragen hat, daß strukturelle Gewalt gegen Behinderte und viele andere Gruppen dieser Gesellschaft herrscht) hat auf einem VdK-Kongreß meine Gedanken zur Gewalt gegen Behinderte auf den Punkt gebracht! Seine These: *"Wer willkürlich, obwohl er anders könnte, als Arbeitgeber Behinderte nicht einstellt, unterscheidet sich in seiner Gesinnung nicht wesentlich von den Leuten, die auf Rollstuhlfahrer einschlagen!"* (Frankfurter Rundschau, 21.05.1994)

Geißler beschränkt sein Beispiel personaler und struktureller Gewalt auf das Verprügeln und die Arbeitslosigkeit Behinderter. Ich erweitere diese These und sage: *Wer willkürlich, obwohl er anders könnte und müßte,*

- ♦ als Politiker
- ♦ als Verbandsfunktionär
- ♦ als sogenannte(r) Behindertenfachmann/-frau
- ♦ als Wissenschaftler
- ♦ als jemand, der Macht zur Gestaltung besitzt, Behinderte ausgrenzt, diskriminiert und struktureller Gewalt aussetzt, also
- ♦ Integration und Normalisierung in Kindergarten, Schule, Arbeit, Wohnen, öffentlichen Verkehrsmitteln und und und verweigert,
- ♦ beeinträchtigten Menschen das Lebensrecht abspricht, unterscheidet sich in seiner Gesinnung nicht wesentlich von Leuten, die auf Rollstuhlfahrer einschlagen!

Gusti Steiner

BUCHLADEN TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Brief eines etwa 13jährigen kurdischen Mädchens

den es der deutschen Newroz-Delegation mit Teilnehmern aus Frankfurt am Main und München bei deren streng überwachtem kurzen Aufenthalt in Dersim heimlich zugesteckt hat:

"Zuerst möchte ich sagen: Willkommen in Dersim, einer der allerschönsten Städte meines Landes Kurdistan.

Ich möchte gern mit Euch reden, aber wie Ihr schon wißt, ist das jetzt unmöglich, weil die Polizei nicht will, daß irgendjemand Euch was erzählt, und sie lassen uns nicht mit Euch sprechen. Außerdem hat mich eines der Polizeiautos fast angefahren, nachdem ich geredet und Euch in meine Schule eingeladen habe. Ich hoffe, daß Ihr über den Druck, den die Regierung auf uns ausübt, berichten könnt, nachdem Ihr in Euer Land zurückgekehrt seid.

Hier ist Kurdistan, und wir sind kurdische Menschen. Aber die Regierung läßt uns in unserem eigenen Land nicht in Frieden leben. Und die Tatsache, daß wir Kurden sind, ist der einzige Grund, warum wir von der Regierung getötet und verhaftet werden.

Letzten Sommer haben die Soldaten unsere Wälder niedergebrannt. Ihr könnt sicher sein, daß es ein schreckliches Gefühl ist, brennende Wälder zu sehen und nicht die Möglichkeit zu haben, irgendetwas dagegen zu tun. Dann haben sie damit angefangen, unsere Dörfer zu evakuieren. Danach wurden die Häuser vieler Bewohner niedergebrannt. Dann mußten die Menschen in die großen Städte gehen wie Istanbul, Izmir usw., und die Menschen, die ihre Dörfer nicht verlassen wollten, wurden getötet. (...)

Ich würde mir wünschen, daß Ihr mit den Menschen hier sprecht, weil ich sicher bin, daß sie Euch noch mehr Dinge erzählen werden. Aber das ist unmöglich (wenigstens scheint es so). So ist dieser kurze Brief unsere einzige Chance, mit Euch in Kontakt zu treten. (...)

Bitte helft uns, versucht zu verhindern, daß Eure Länder Bomben und Waffen an die Türkei verkaufen. Bitte versucht Euch mehr für unser Problem zu interessieren. Danke für alles."

(Abgedruckt in: ROTE FAHNE, Wochenzeitung der MLPD, 22.04.1995)